

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Paul Haber, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz Wetzig, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 48, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 941.

Pränumerando jährlicher Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 3 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Anzeigenpreis in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplar 2.90 Mk. In der Provinz und den Ausgabestellen vierteljährlich 3 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 zyl. Bestellgeb. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Illustrierte Nummern 10 Pf. — Injektionsgebühr: die schlagensweise Zeitungsseite 15 Pf. Web-Zeitungsseite 2 Pf.

Nr. 50.

Magdeburg, Dienstag den 28. Februar 1905.

16. Jahrgang.

Die Sozialdemokratie und der Bergarbeiterstreik.

gli. In unserer Parteipresse wird gegenwärtig eine Polemik darüber geführt, ob nicht vielleicht doch ein Teil unserer Genossen im Ruhrrevier während des letzten Streiks dem Wunsch der „Christlichen“ nach Ausschaltung der sozialdemokratischen Parteibestrebungen zu weit entgegengekommen sei. Wir wollen hierauf bei dieser Gelegenheit nicht weiter eingehen, sondern haben darauf nur als einen Beleg dafür hingewiesen, daß unsere Genossen, soweit sie im Kampf selbst standen, sicher alles vermieden haben — vielleicht sogar mit zu großer Aengstlichkeit —, was Parteistreitigkeiten unter den Streikenden hätte hervorrufen können. Ebenso hat die sozialdemokratische Partei als solche sich die denkbar größte Zurückhaltung auferlegt.

Trotzdem haben die Kohlenmillionäre und die andern Scharfmacher auch den Bergarbeiterstreik als eine sozialdemokratische Umsturzbewegung denunziert. Diese Taktik sind wir ja gewöhnt. Nach stets haben diese Leute die Forderungen der Arbeiter und deren Versuche, sie durchzusetzen, als sozialdemokratisch verdächtigt, um gegen sie die bürgerlichen Kreise scharf zu machen.

Beachtenswert jedoch ist es, daß die Sozialdemokratie mit Vorwürfen wegen ihrer Haltung zum Bergarbeiterstreik auch von einem Mann wie Professor Franke bedacht wird, also von dem Herausgeber der „Sozialen Praxis“, dem Wortführer der bürgerlichen Sozialreformer, die sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit damit brüsten: sie wollten die „berechtigten“ Forderungen der Arbeiter erfüllen, die Mißstände ausbügeln, das Los der Arbeiter verbessern. In einem „Nachwort zum Bergarbeiterstreik“, das Professor Franke in der neuesten Nummer der „Sozialen Praxis“ veröffentlicht hat, schreibt er:

„Es hat die Sozialdemokratie als Partei an Anstrengungen nicht fehlen lassen, für ihre Zwecke Kapital aus dem Streik zu schlagen und den Kampf politisch zu vergiften. In der Zentrale der Partei, im Reichstag, an Ort und Stelle des Ausstandes, in der Presse und in zahlreichen Versammlungen, hat man der ganzen Bewegung das Siegel sozialdemokratischer Herkunft und sozialdemokratischer Tendenz aufzudrücken versucht.“

In Wahrheit hat unsere Parteileitung nichts getan, als daß sie bei der Unterstützung der Streikenden mit gutem Beispiel vorangegangen ist und zur Nachahmung dieses Beispiels aufgefordert hat. Unsere Reichstagsfraktion hat nichts anderes getan, als im Reichstag die Forderungen der Streikenden vertreten und die Erfüllung dieser Forderungen verlangt. Unsere Genossen im Ruhrrevier haben nichts getan, als daß sie wacker Schulter an Schulter mit ihren Arbeitsbrüdern für die gemeinsame Sache eingetreten sind. Unsere Presse und unsere Versammlungen haben nichts getan als die Streikenden moralisch und finanziell unterstützt. Unsere Partei hat also in keiner Weise einseitige Parteipolitik getrieben, sondern sich darauf beschränkt, ihre Sympathie mit den streikenden Arbeitern zu betätigen. Und dies verurteilt der „Arbeiterfreund“ Professor Franke als „Anstrengungen“ der Sozialdemokratie, „für ihre Zwecke Kapital aus dem Streik zu schlagen und den Kampf politisch zu vergiften“ und — wie er an einer andern Stelle sich so schön ausdrückt — als „sozialdemokratische Bosheit“.

Was hätte unsere Partei tun müssen, um bei Professor Franke keinen Anstoß zu erregen? Offenbar hätte sie sich um die streikenden Arbeiter gar nicht kümmern dürfen; bei den Sammlungen der Unterstützungsgelder für die Streikenden hätte sie der Führung der bürgerlichen „Arbeiterfreunde“ folgen, im Reichstag den bürgerlichen Vertretungsreibern das Feld überlassen, in der Presse und den Versammlungen die staatsmännliche Weisheit der preussischen Minister feiern — sie hätte als Arbeiterpartei einfach abdanken müssen. Und all das deshalb, damit nur ja das gewaltige Stück Klassenkampf, das wir von unsern Augen sich abspielen sahen, nicht beim richtigen Namen genannt, und das Gaukelspiel der bürgerlichen Sozialreformer, die den Arbeitern helfen, den Klassenkampf aber wegstreiten möchten, nicht gestört werde. Das sind die liebenswürdigen Zumutungen, welche diese Herren den „vernünftigen“ Sozialdemokraten stellen. Und dazu müßten wir uns in der Lat bequemem, wenn wir uns des Lobes, der Sympathie und der Protektion jener Herren erfreuen wollten.

Dafür würden wir aber auch die „Erfolge“ einer solchen „praktischen“ Politik einheimen können. Und wie großartig diese Erfolge sind, beweist nach Professor Franke das Ergebnis des Bergarbeiterstreiks: die — Verheißungen der

Regierung, an deren Erfüllung zu zweifeln „unzulässig und unwürdig“ sei.

Aber selbst diese Verheißungen, deren Wert ja die Zukunft offenbaren wird, haben die Bergarbeiter nicht ihrer angeblichen oder wirklichen Rücksichtnahme auf die Sympathie der bürgerlichen Sozialpolitiker, sondern einzig und allein ihrer Einigkeit, der Einmütigkeit ihres Protestes gegen ihre Ausbeuter zu verdanken. Zu einer dauernden Einigkeit können die Arbeiter jedoch nur dann gelangen, wenn sie sich des Gegensatzes ihrer Klasseninteressen zu den Ansprüchen der herrschenden Clique bewußt sind. Deshalb fördert die Sozialdemokratie die Einigkeit unter den Arbeitern und nicht ihnen dadurch um so mehr, je sorgfältiger sie bei den Lohnkämpfen von allen parteipolitischen Kleinigkeiten ablieht, dafür aber um so nachdrücklicher die streikenden Arbeiter auf die wahre Bedeutung ihres Kampfes, als eines Teiles des großen Kampfes der Arbeiterklasse gegen die jetzige Ausbeutungswirtschaft hinweist.

Dies ist die Taktik der Sozialdemokratie bei allen bisherigen Streiks gewesen. Dieser Taktik ist die Sozialdemokratie auch während des Bergarbeiterstreiks gefolgt. Von dieser Haltung kann sie sich auch in Zukunft weder durch schamlose Drohungen noch durch arbeiterfreundliche Mahnungen abbringen lassen. Denn unter keinen Umständen darf die Sozialdemokratie ihre Aufgabe aus dem Auge verlieren, den Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen. —

Politische Übersicht.

Magdeburg, 27. Februar 1905.

Im Schatten der neuen Flottenvorlage.

Der Reichstag begann am Sonnabend die Beratung des Marine-Etats. Die kommende Flottenvorlage war ihre Schattensache in die allgemeine Debatte. Erster Redner des Tages war Genosse Hebel, der das Treiben des Flottenvereins kennzeichnete und vor einer Fortführung der uferlosen Flottenpolitik dringend warnte. Staatssekretär v. Tirpitz hielt es für gut, vorerst eine Grenzlinie zwischen Marineamt und Flottenverein zu ziehen. Daß man nicht allzubiel Vertrauen auf seine Beschwichtigungsversicherungen setzen darf, haben die Vorgänge früherer Jahre nur allzu deutlich bewiesen. Als Wortführer des Flottenvereins traten die Abgeordneten Oriola, Kardorff und Arendt in die Schranken; wenn der erste sich noch einige Reserve auflegte, so stieß der zweite schon weit kräftiger in das Aegirhorn, und der Abgeordnete Dr. Arendt feste seinen Stolz darin, zu beweisen, wie ungerecht die Vorwürfe der Wasserfeindschaft sind, die die Antisemiten gegen seine Stammesgenossen erheben. Der Ton, in welchem der Silber- und Flottenapostel sprach, fand seitens der freisinnigen Abgeordneten Dr. Müller-Sagan und Gothein Zurückweisung. Im übrigen zeigten die freisinnigen Redner eine gar zu bedenklige Neigung, sich nach keiner Richtung hin festzulegen, und des großen Historikers Sohn, der Bankdirektor Mommsen, neigte sogar sehr stark zur Aegirseite herüber. Eine ähnliche Stellung, wie die Redner der liberalen Linken, nahm Herr Gröber vom Zentrum ein: bei aller unterschiedenen Beurteilung der Agitationsweise des Flottenvereins hielt er sich die Bewilligungspforte offen.

In seiner zweiten Rede bedachte Hebel den Bemerkenswerten, wenn auch nicht merkwürdigen Widerspruch auf, der zwischen der Flottenbegeisterung der Bourgeoisie und ihrer Abneigung gegen die Flottenkosten besteht. Der Konservative v. Normann stellte in zweiminütiger Rede den unbegrenzten Flottendank der Agrarökonomen in Aussicht.

Von den weiteren Kapiteln des Marine-Etats, soweit sie an diesem Tage zur Erledigung gelangten, gaben nur wenige zur Erörterung Anlaß. Die vielen und schweren Klagen der Werftarbeiter, namentlich Danzigs, die unter einem marxistisch verschlimmböserten Kapitalismus feuchten, wurden von den Genossen Legien und Jubeil vorgebracht. Als freiwilliger Regierungskommissar trat ihnen Mommsen, der Jüngere, entgegen, der die uraltesten Ladenhüter des Monarchentums ausbot.

Am Montag denkt man den Marineetat zu beendigen und Posadowskys meitschichtiges Ressort in Angriff zu nehmen. —

Nur die Schule des Volkes.

Im Abgeordnetenhaus wurde am Sonnabend die Beratung des Kultus-Etats beim Kapitel „Elementarschulwesen“ fortgesetzt. Es lebte die Debatte über den Kontrahententanz und das zu erwartende Schulunterhaltungsgezet noch einmal auf. Die freisinnigen Abgg. Ernst und Cassel wandten sich gegen das Kompromiß und traten für die Entwicklung des Simultanschulwesens ein. Der Abg. Cassel tat dies in einer programmatischen Erklärung, in der er unter Hinweis auf die Darlegungen Gneifts betonte, daß das Allgemeine preussische Landrecht überhaupt keine Konfessionsschule kenne. Selbst das Oberverwaltungsgericht, das sich der Ansicht Gneifts nicht völlig angeschlossen, habe in seinen Entscheidungen anerkannt, daß Konfessionsschulen, wie Simultanschulen nach dem Allgemeinen preussischen Landrecht gleichberechtigt seien. Der freikonserervative Abg. Str. v. Bedlich wollte das nicht gelten lassen. Er folgte die Geschicklichkeit der Konfessionsschule aus dem Art. 24 der Verfassung, der, wenn auch nicht Gesetzeskraft habe, so doch eine bindende Direktive darstelle. Im übrigen wiederholte er die Behauptung, daß ein Schulunterhaltungs- und Lehrerbeförderungsgesetz ohne Verquickung mit der Frage der Konfessionsschule überhaupt nicht bei der jetzigen Parteigruppierung des Abgeordnetenhauses durchzuführen wäre.

Im zweiten Teil der Sitzung wurden Petitionen und Anträge aus dem Hause beraten, welche sich auf eine Verringerung der Lehrkräfte an Seminaren und Präparandenanstalten und Erhöhung der Pensionen dieser Lehrkräfte, auf Gleichstellung der Lehrerinnengehälter mit denen der Lehrer, sowie auf den Lehrplan an den Seminaren bezogen. Die Redner aller Parteien traten für die Mehrzahl dieser Wünsche ein. Von Seiten der Regierung wurden zwar wohlwollende Worte laut, aber die finanziellen Bedenken so sehr in den Vordergrund gerückt, daß auf eine baldige Erfüllung dieser Wünsche nicht zu rechnen ist. Selbst der beschriebene Antrag der Unterrichtscommission, an jedem preussischen Lehrer-Seminar einen zweiten Oberlehrer anzustellen und die Gehälter der Lehrpersonen an den Lehr- und Lehrerinneubildungsanstalten angemessen aufzubessern, fand vor den Augen des Kommissars keine Gnade.

Die Debatte war sehr lebhaft und die übliche Dauer der Sitzung bereits so weit überschritten, daß die Herren der Mehrheitspartei zu dem Gewaltmittel des Schlußantrags griffen. Nur auf Bitten des amtierenden Vizepräsidenten Dr. Forstch wurden noch zwei weitere Redner, die Abg. Ernst und Dittich, zum Wort verstatet. Inzwischen hatten sich aber die Lehrerfreundlichen Herren der Mehrheit in so großer Anzahl entfernt, daß als der Schlußantrag nun wirklich gestellt wurde, die zur Unterstützung des Antrags notwendige geschäftsordnungsmäßige Zahl von 30 Abgeordneten nicht aufzubringen war. Obwohl sämtliche Konserervative, Freikonserervative, Nationalliberale und Zentrumsmitglieder (mit Ausnahme der Herren Gohesfel und Dittich) den Schlußantrag unterstützten. Die Debatte mußte also fortgesetzt werden, und der Abg. Kopisch mußte das Wort nehmen, da ein von ihm gestellter Antrag auf Vertagung ebenfalls nicht die notwendige Unterstützung gefunden hatte.

Inzwischen waren die notwendigen 30 Mann zusammengetrommelt worden und der Schluß der Debatte konnte herbeigeführt werden. Die Abstimmung über die Petitionen und Anträge wurde in Rücksicht auf die skandalöse Leere des Hauses vertagt.

Die Sitzung war aber noch nicht zu Ende. Der Vizepräsident Dr. Forstch schlug vor, die Montag-Sitzung wegen der Dominanz der Opposition erst um 2 Uhr beginnen zu lassen. Darüber gab es eine Geschäftsordnungsdebatte. Der Abg. Camp beklagte sich über die geringe Zahl der den Abgeordneten zur Verfügung gestellten Dom-Karten und ergäbe, daß nur auf je zehn Abgeordnete eine Karte entfallen sei. Gattstisch meinte er, die Karten seien bereits worden, er lasse es dahingestellt, ob es sich dabei um eine unerlaubte Pflanzung von Vertagungsständen oder um eine erst von der Staatsregierung zu genehmigende Vertagungsmaßnahme handele. Dr. Forstch stellte fest, daß sich der Präsident bemüht um Karten bemüht habe, aber keine größere Anzahl habe erlangen können. Graf Limburg-Sturum meinte, einen Restriktion auf Einladungsarten habe das Haus nicht, höchstens könne man von Freundlichkeit oder Unfreundlichkeit reden. Herr Camp unterbrach das letzte Wort, er sprach von „sehr großer Unfreundlichkeit“.

Die nächste Sitzung wurde auf Montag 3 Uhr anberaumt. Die Beratung wird dann fortgesetzt.

Der Freisinn und die Lehrer.

In den Kreisen der Berliner Lehrer herrscht lebhafteste Erregung über die freisinnige Berliner Stadtverordnetenversammlung die aus Gründen der „Sparamkeit“ die längst notwendige Erhöhung des Grundgehalts der Volksschullehrer immer wieder hinausschiebt. Eine von 1500 Lehrern besuchte Versammlung hat erklärt, daß sie „mit großem Bedauern davon Kenntnis erhalten habe, daß der Magistrat in Nichtachtung der oft ausgesprochenen Bitte und trotz der den andern städtischen Beamten gewährten namhaften Gehaltsaufbesserungen, das Grundgehalt der Gemeindegeldbesitzer nicht aufbessern will“.

Die Berliner Lehrer sind bisher eine Stütze des Freisinn gewesen; da aber auch hier die Liebe durch den Mogen geht, dürfte ein Umschwung der Stimmung in Lehrerkreisen kaum lange auf sich warten lassen. Das Dressfurtunder, daß Lehrer, die entbehren müssen, die Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Ordnung predigen, kann unmöglich auf die Dauer vorhalten. —

Die politische Polizei in der Schweiz.

Aus Zürich wird in Ergänzung des letzten ausführlichen Berichts der Magdeburger „Volksstimme“ geschrieben: Die politische Polizei in der Schweiz ist kein Eigenwuchs, sondern als wucherndes Unkraut von den umgebenen

den Staaten, speziell von Preußen-Deutschland, in helvetisches Gebiet verpflanzt worden. Wie vortrefflich es hier aber, dank einerseits des triebkräftigen kapitalistischen Bodens, dank andererseits der Nachgiebigkeit der schweizerischen Regenten gegenüber den fremden Machthabern geblieben, haben die letzten Verhandlungen im Zürcher Kantonsrat ergeben.

Vor Jahresfrist hatte die Entlassung eines deutschen Spikels namens Mehger-Hollkoffer, der im Dienst des Zürcher Polizeihauptmanns Kappold stand, den Kantonsrat zur Einsetzung einer Kommission veranlaßt, die die politischen Geschäfte der kantonalen Polizei prüfen sollte. Die soeben erfolgte Berichterstattung dieser Kommission enthüllte nun ein nicht nur für den Kanton, sondern für die ganze Eidgenossenschaft beschämendes Bild politischer Polizeispionage. Mit Hilfe eines komplizierten Informationsapparats, der von der Bundesanwaltschaft in Bern aus in Bewegung gesetzt wird, werden in allen Kantonen verdächtige politische Elemente überwacht, werden Versammlungen kontrolliert, die gehaltenen Reden registriert, ja die Redner unauffällig photographiert und wird selbst das Postgeheimnis in willkürlicher Weise verletzt. Auf Grund der so gewonnenen Indizien werden dann die administrativen Verfügungen getroffen, wobei als besonders gravierende Tatsache ins Gewicht fällt, daß bei Abschüssen an die Landesgrenzen die von dieser Maßregel Betroffenen vielfach in abschätziger Weise den fremden Polizeiverwaltungen direkt in die Hände geliefert werden.

Angesichts der Fülle des belastenden Materials, das der Kommission vorlag, konnte die Ratsversammlung nicht umhin, das Gebaren der politischen Polizei, soweit ihre Wirksamkeit von der kantonalen Exekutive abhängt, in einer energisch gefaßten Resolution zu beurteilen. Die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder, Genosse Greulich und Otto Lang, ließen sich aber die Gelegenheit nicht entgehen, eine gründliche Abrechnung mit dem ganzen System zu halten und besonders den undemokratischen, durch und durch reaktionären Charakter der politischen Polizei-Zentrale, der Bundesanwaltschaft, ins rechte Licht zu setzen.

Die Verhandlungen haben im ganzen Lande das größte Aufsehen erregt und besonders in den Kreisen der Zürcher Arbeiterschaft einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Es steht zu erwarten, daß die unter so günstigen Umständen eben einsetzende Campagne der sozialdemokratischen Presse gegen das Polizeispindel-System nicht erfolglos bleiben wird.

Die russische Revolution.

Die Pläne.

Der Sekretär des Pariser Komitees der russischen Revolutionäre hat mehreren französischen Journalisten nach Meldung der „Zeit am Montag“ folgende Aufklärungen gegeben: „Wir sind heute vollständig beruhigt über den Ausgang des jetzigen Kampfes; derselbe muß und wird mit dem Sturz der zarischen Selbstherrschaft und der Beseitigung der korrupten Bürokratie endigen. Es gibt im heutigen Rußland ein Tausend starker revolutionärer Kräfte, deren jede schon hinreichend würde, den Staatsstoloz zu erschüttern. Diese Kräfte sind: Finnland, dessen beschworne Kräfte mit Füßen getreten wurden; die baltischen Provinzen, deren Wohlstand und Rechte einer verkommenen Beamtenschaft zur Vernichtung überlassen wurde; das Polenland, das national und politisch gemachtet ist; die unierten Kleinasien, die trotz ihrer 30 Millionen Seelen noch nicht einmal ein Gebetbuch in ihrer Sprache lesen dürfen; die Armenien Westarabiens, die schon als Hochverräter behandelt werden, wenn sie sich nur Rumänen nennen; die Georgier, denen ihre Selbstständigkeit durch einen unerhörten Rechtsbruch entzogen wurde; die Armenier, die in Rußland weniger Rechte als in der Türkei haben und denen vor Jahresfrist ihr Kirchen- und Schulvermögen im Betrage von 150 Millionen durch einen Fehdegericht geraubt wurde; die Juden, deren rechtlose Lage allgemein bekannt ist und noch mehrere andre Klassen unterdrückter Nationalitäten im Kaukasus und in Turkestan.

Wollten also wir Revolutionäre nur diese natürlichen Feinde des Zarismus zusammenfassen und sie zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind organisieren, so würden wir den ganzen Reichskörper erschüttern. Bis jetzt aber haben wir noch nicht eine dieser Parteien ausgespielt, sondern nur einen kleinen Teil des russischen Volkes selbst zum Kampf aufgerufen. Wir haben die Arbeitermassen der Industriegebiete in Bewegung gesetzt, und schon ist der Reichskörper in die fürchterlichsten Zuckungen versetzt. Rührerlich ist es, zu glauben, daß die Streikbewegung bereits nachläßt. Wir haben es so eingerichtet, daß die Arbeiter je eine Woche arbeiten und die nächste Woche wieder streiken. Ein Volk, das Jahrhunderte gehungert hat, kann jetzt ein halbes Jahr lang auch noch auf halbe Ration gesetzt werden. Und wenn die russischen Arbeiter während der fürchterlichsten Winterfälle diese Entbehrungen auf sich nahmen, so wird die Bewegung im Frühjahr und Sommer um so leichter durchzuführen sein. Die Streiks dauern jetzt fünf Wochen; sie werden sich mindestens noch fünf Monate hinziehen. Und daneben wird, wenn nicht bald in Moskau Frieden gemacht wird, eine der vorerwähnten Parteien nach der andern ausgespielt werden.

Aber vor allem wird mit der wärmeren Jahreszeit auch der Sommer auf dem Platz erscheinen und mit der gesamten östlichen Bevölkerung auf dem Lande aufraumen. Und so viele Kofaken wird der weiße Zar nicht aufstreifen, um auch noch jede Landgemeinde besetzen zu können.

Also, was darf überzogen sein, daß dies mal ganze Arbeit gemacht wird. Die Geister sind einmal in Bewegung gebracht, und die Mittel, die Bewegung zu leiten, sind auch vorhanden. Die Verblendung des Zaren und seiner Berater wird dafür sorgen, daß die Zeit unserer Arbeit nicht zu lang sein wird. Jedenfalls wird die jetzt begonnene Revo-

lution in Rußland auf die politische und kulturelle Entwicklung der gesamten menschlichen Gesellschaft einen nicht geringeren Einfluß ausüben, als die große Revolution in Frankreich am Ende des 18. Jahrhunderts.“

Der gefangene Machthaber.

Auf die Frage, warum man von Bobjedonoszew, dem Obersten der orthodoxen russischen Kirche, nichts hört, gibt die „Welt am Montag“ aus informierter Quelle folgende Antwort:

„Schon nach den Petersburger Bluttagen zwangen die Anhänger Bobjedonoszew denselben, seine Wohnung nicht zu verlassen, da man sichere Beweise in den Händen habe, daß nicht nur die „Boewaja organizacija“ (Kampforganisation) nach seinem Leben trachte, sondern die Polizei den Verdacht habe, es bestehe eine Verschwörung gegen Bobjedonoszew auch unter mehreren Popen seiner Umgebung, die den Attentätern Hilfe leisten würden. Infolgedessen zog sich Bobjedonoszew zur Sicherheit ganz zurück, wurde krank gemeldet und nahm von da an auch an dem Gottesdienst in der Domkapelle nicht mehr teil. Die Befürchtung, daß es dennoch zu einem Attentat kommen könnte, ging so weit, daß man die Öffentlichkeit schon rechtzeitig darauf vorbereiten wollte und in die Presse diesbezügliche Nachrichten über angebliche Attentate auf Bobjedonoszew lancierte. Nach der Ermordung des Großfürsten Sergius wurde die Bewachung noch verschärft. Selbst die Dienerschaft weiß niemals bestimmt, wo sich der Oberprokurator des heiligen Synods aufhält.“

Der Gewaltthaber sitzt also in Gefangenschaft!

Der Eisenbahnerstreik.

Der Verkehrsminister Fürst Schilkow verhängte über das gesamte russische Eisenbahnnetz den Mobilisationszuzug, nach welchem jeder Angestellte vom Direktor bis zum Weichensteher für eigenverantwortliches Verlassen seines Postens einer Kriminalstrafe von mindestens drei Monaten Gefängnis unterliegt.

Die Bekanntmachung hat aber ihre Wirkung verfehlt. Der Streik hat sich trotzdem ausgedehnt. Er hat sogar auf die sibirische Bahn übergreifen. Was das für den ostasiatischen Krieg bedeutet, leuchtet ein. Zum Beweise dessen kommt aus Schjita in Transbaikalien folgende Depesche: „Die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten sind in den Ausstand getreten. Ihre Hauptforderung ist die Beendigung des Krieges. Da der Verdacht auftauchte, daß die Arbeiter beabsichtigten, die Bahn zu beschädigen und die auf dem Bahnhof stehenden Lokomotiven unbrauchbar zu machen, ist eine starke Truppenabteilung aufgeboden worden.“

Die Polizei beginnt zu streiken.

Aus Warschau wird gemeldet: Hier hat ein partieller Polizeistreik begonnen. Die Mehrzahl der Polizeiposten wurde durch Militär besetzt. Viele Telegraphensäulen in der Umgegend wurden gestürzt. Kavallerie patrouilliert auf den Chausseen. In der Nowolipskijstraße feuerte ein Unbekannter drei Revolverkugeln auf einen Polizei- und Militärposten ab. Ein Soldat und ein Schutzmann wurden getötet, ein Oberhauptmann wurde schwer verletzt. Der Täter ist noch unbekannt.

Und aus Moskau wird telegraphiert: Die Post- und Telegraphenbeamten, darunter auch die Postillonnen, haben der Postdirektion verschiedene Forderungen unterbreitet, welche eine Besserung ihrer materiellen Lage und der Arbeitsbedingungen betreffen. Für den Fall der Nichterfüllung ihrer Wünsche drohen sie mit dem Ausstand. — Auch die Schutzleute sind beim Stadthauptmann wegen Erhöhung ihrer Gehälter vorstellig geworden.

Aus dem Kaukasus liegen keine Meldungen vor, die halbwegs glaubhaft klingen. Sicher ist nur, daß die zarischen Gewaltthaber ohnmächtig sind.

Die Aussichten des Eisenbahnerstreiks.

Wie aus dem Vorstehenden ersichtlich, greift der Ausstand auf den Bahnen immer mehr um sich. Vom Süden und von Polen ausgehend, hat er nun auch die Mehrzahl der zentralen Linien erfaßt; die Bahnen im Kaukasus sind gänzlich stillgelegt. Es sind nun auch Linien lahmgelegt, die für den Kriegstransport unentbehrliche Wichtigkeit haben. Könnte die Regierung wenigstens auf den wichtigsten den Verkehr mit Hilfe von technischen Truppen aufrecht erhalten, so wäre wenigstens fürs nächste die schlimmste Verlegenheit beseitigt; aber dazu reichen die vorhandenen Kräfte nicht aus — am wenigsten jetzt, wo ein unverhältnismäßig großer Teil der Eisenbahn- und Telegraphentruppen auf dem Kriegsschauplatz in Verwendung steht.

Da macht sich denn die vielfache Unterbrechung des Verkehrs auf das schlimmste fühlbar, dies um so mehr, als der Krieg ohnehin den Dienst der russischen Bahnen seit Monaten hemmt und stört. Die unzureichende Ausrüstung der sibirischen, der ostibirischen und mandjurischen Bahn mit Betriebsmitteln zwang von Anfang des Krieges an, Wagen von allen europäischen Linien auf die große Stappenstraße zu leiten. Das Uebel wurde durch die Schlamperei und Unredlichkeit der Verwaltung noch gesteigert. Das tollende Material der russischen Bahnen, für das jährlich enorme Summen im Budget erscheinen, merkwürdiger- und bedenklicher-weise, ohne daß jemals Abschreibungen das Gleichgewicht mit dem Effektivbestand herzustellen, war allzeit ungenügend. Der Krieg hat es nun noch verringert, und zwar weit über das durch ihn geschaffene Verkehrsbedürfnis hinaus. Vor allem die unzureichenden Vorkehrungen für Unterkünfte im fernem Osten betreffen, daß Hunderte und Hunderte Wagen auf Rimmerwiedersehen verschwanden. „Ganz besonders“, so meldet der Petersburger Berichterstatter der „National-Zeitung“, „litten die für die Truppen herbeigeführten Waggons an

dieser geheimnisvollen „Verfäulnisucht“. Sie blieben vielfach verschollen, und zwar, weil diese schönen „Leblichkeits“ (warne Ecken) vom Bahnpersonal wie von Offizieren der Etappen und Relais den rückgehenden Zügen einfach abgeköpelt wurden, zur eignen Unterkunft.“

Nun hat aber die Regierung allen Grund, besonders die nach dem Süden führenden Linien in flottem Verkehr zu erhalten, denn nach dem Süden rollt der größte Teil der Getreideausfuhr, von der die aktive Handelsbilanz und damit die Kreditfähigkeit des Zarenreiches abhängt. Schon in den friedlichen Zeiten zeigte sich indes die Wahnen den Anforderungen selten gewachsen, der Krieg hat die Ausfuhr aufs ärgste geschädigt, und nun bricht gerade im Süden der Streit aus, der den Verkehr völlig lahmlegt. Die Südwesbahn war eine der ersten, deren Personal in den Ausstand trat. Wie die Bahn selbst, die die Ausfuhr aus den reichsten Gebieten des Innern beherrscht, technisch am besten ausgerüstet ist, so sind auch ihre Bediensteten die tüchtigsten und vorzüglich organisiert. Sie genießen darum großes Ansehen im ganzen Reiche und ihr Beispiel wirkt mächtig auf die Haltung der übrigen Eisenbahner zurück.

Letzte Nachrichten.

* Warschau, 26. Februar. Die Angestellten der Banken haben bei ihren Direktoren Forderungen eingereicht zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Die Forderungen, welche Gehaltserhöhung und Herabsetzung von Geldern zu Unterhaltungszwecken betreffen, sollen bis zum Mittwoch beantwortet werden. — Der Straßenbahnverkehr ist eingestellt worden.

* Lugansk, 26. Februar. Die Arbeiter in den Kohlenbergwerken sind in Ausstand getreten; die Ausständigen, die Lohn-erhöhung fordern, verhalten sich ruhig. Es geht das Gerücht, daß am 6. März der allgemeine Ausstand im Donezgebiet erklärt werden soll.

* Bachmut (Gouvernement Jekaterinoslaw), 26. Februar. Der Ausstand dauert in der ganzen Gegend am Donezflusse fort. — Petersburg, 27. Februar. Die aus der Provinz eingehenden Nachrichten lauten sehr ernst. Georgien hat tatsächlich seine Unabhängigkeit erklärt. In Armenien sind die Unruhen allgemein. In Kleinasien und Anatolien der Ausstand bereits 200 000 Arbeiter. Die Verbindungen mit dem Südoften sind abgebrochen. In Transbaikalien verursacht der Eisenbahner-Ausstand enormen Schaden. Man befürchtet, daß die Telegraphenlinien von den Ausständigen zerstört werden. Siew und Warschau sind isoliert. Von allen Seiten laufen in Petersburg Telegramme ein, in welchen um Instruktionen gebeten wird. Die Antwort lautet ein-förmig, sich aufs Beste zu helfen. —

* Petersburg, 27. Februar. Moskauer Blätter berichten von einer neuen fürchterlichen Judenhege in Feodosia am 20. Februar. Danach brach in Feodosia ein Arbeiterstreik aus, der mit einer großen Demonstration vor dem Stadtturm begann. Plötzlich erlöste in der Menge der Ruf „Haut die Juden!“, worauf sich das Volk durch die Straßen zerstreute und eine fürchterliche Judenhege begann. Bis Truppen zur Herstellung der Ordnung erschienen, gab es an 50 Tote und Verwundete. In der Stadt herrscht nicht allein unter der jüdischen, sondern auch unter der christlichen Bevölkerung eine fürchterliche Panik. Die Besitzenden verlassen die Stadt. Nicht die streikenden Arbeiter, wie der russische Telegraph sagt, sondern die Soldateska und die zarischen Polizisten haben die Mordtaten unter den Juden angerichtet, um die Aufmerksamkeit abzulenken. (Red.) —

* Batum, 25. Februar. Drei streikende Arbeiter gaben auf den dortigen Polizeichef Priksam Kondratowitsch aus zwei Revolvern mehrere Schüsse ab; mehrere Kugeln drangen in den Kopf, so daß Kondratowitsch in wenigen Augenblicken tot war. Die Täter entflohen in eine Seitengasse, wo für sie ein Wagen bereit stand, der sie sofort entführte. —

Der russisch-japanische Krieg.

Eine neue russische Niederlage.

* Mukden, 26. Februar. Die japanische Offensive südöstlich von Mukden hat am 24. d. M. begonnen. Die Russen gingen dort auf ihre Hauptstellung nach Räumung Tschichichens zurück; der Kampf dauert fort. —

* London, 26. Februar. Aus dem russischen Hauptquartier wird hier telegraphisch gemeldet, daß die Kämpfe vor und westlich von Tieling fortbauern. Im äußersten Osten nahmen die Japaner die äußere russische Stellung und bedrohen jetzt die Hauptstellungen. —

* Petersburg, 26. Februar. Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur aus Sachalin mitteilt, haben die Russen heute früh Tschinchen geräumt. Tschinchen wurde sofort von den Japanern besetzt. Die russischen Verluste sind noch nicht festgestellt. In das Lazarett sind bisher 12 Offiziere und 300 Mann eingeliefert worden. Der Prozentsatz der Gefallenen ist sehr groß. Heute früh rückte eine japanische Abteilung gegen den Dabinglingpaß südwestlich Sanlungun vor; starke japanische Streitkräfte sind am Populimpaß und in der Nähe von Laboga konzentriert. —

* Petersburg, 27. Februar. In Mukden sind 40 Verwundete aus der Schlacht bei Tieling eingetroffen, 500 weitere werden erwartet. —

* Petersburg, 27. Februar. Ueber die Schlacht auf dem russischen linken Flügel wird noch berichtet, daß die Japaner in bedeutender Stärke von beiden Seiten herandrücken. Die östliche Kolonne marschierte gegen Matschan in der Richtung nach dem Engpaß von Singolien und umging die russische linke Flanke bei Tschinchen. Die Russen zogen sich auf Sanlungun zurück. Die japanische westliche Kolonne drang weiter gegen die Russen vor und verjagte den Engpaß von Gutaling zu umgeben. Die Schlacht dauert mit großer Heftigkeit fort. —

* Paris, 27. Februar. Nach in Petersburg eingegangenen Privatdepeschen wurde die Armee Linewitschs angesichts der bedeutenden numerischen Ueberlegenheit der japanischen Streitkräfte zu einem bescheidenen Rückzuge gezwungen. Die russischen Verluste bei Tschinchen sollen bereits mehrere tausend Mann betragen. —

* Paris, 27. Februar. Der Petersburger Korrespondent des „Petit Parisien“ erzählt angeblich aus guter Quelle, daß General Gripenberg auf Befehl seiner vorgesetzten Militärbehörde verhaftet und ins Gefängnis abgeführt worden sei. Er werde demnächst vor einem Kriegsgericht unter der Anklage erscheinen, seinen Posten vor dem Feinde verlassen und den ihm erteilten Befehlen nicht Folge geleistet zu haben. —

* Petersburg, 27. Februar. Von den gestern Abend spät beim Zaren eingegangenen Meldungen Kuropatkins über die Schlacht bei Tieling ist noch nichts in die Öffentlichkeit gedrungen, jedoch heißt es, daß die Russen gezwungen worden seien, sich vor der

Deutscher Reichstag.

(149. Sitzung.)

Berlin, 25. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Tirpitz.

Auf der Tagesordnung steht die

zweite Beratung des Marine-Gesetz.

Abg. Bebel (Soz.): Der Herr Staatssekretär hat in der Budgetkommission erklärt keinen Einfluß auf die Agitation des Flottenvereins zu haben. Ich zweifle nicht daran, daß diese Erklärung den Tatsachen entspricht. Dennoch handelt es sich um keinen gewöhnlichen Verein und es ist notwendig, seine Zusammensetzung und seine Ziele zu beleuchten. Der Flottenverein wurde gegründet, als es galt, das zweite Flottengesetz durchzubringen, und nicht zum mindesten seiner energiegelassen Agitation ist es zuzuschreiben, daß das zweite Flottengesetz eine solche Mehrheit fand. Er hat namentlich im letzten Frühjahr Beschlüsse gefaßt, die näher beleuchtet werden müssen. In seinem Programm steht, daß er es sich zur Aufgabe macht, für die Flottenpolitik des deutschen Kaisers zu wirken. Da frage ich, weiß denn der deutsche Kaiser von diesem Ziele, ist die Gründung mit seiner Zustimmung erfolgt? Es scheint allerdings so. Der Protektor des Vereins ist Prinz Heinrich, sämtliche Landesfürsten sind Protektoren der in ihrem Gebiete bestehenden Zweigvereine. Die Beschlüsse im letzten Frühjahr gingen dahin, daß die Fertigstellung des Flottenprogramms statt 1917 schon 1912 erfolgen solle, und daß in derselben Zeit auch noch ein drittes Doppelgeschwader nebst Zubehör gebaut werden soll. Die Ausführung dieser Beschlüsse würde einen Kostenaufwand von 3165 Millionen Mark in neun Jahren machen. (Hört, hört!) S. d. Soz. Der damalige Kronprinz, jetzige König von Sachsen hat auf dieser Versammlung eine Ansprache gehalten. Herr v. Meißel, der sächsische Premierminister, hat auf derselben Versammlung eine Rede gehalten und versichert, daß von Seiten der sächsischen Regierung alles geschähe, um die Tätigkeit des Vereins zu unterstützen. Er hat hinzugefügt, daß auch das sächsische Volk es sich zur Ehre anrechnen würde, daß der Flottenverein in Dresden getagt habe. Das letztere stimmt nicht, denn von 23 sächsischen Reichstagsabgeordneten gehören 21 zu meiner Partei, und im Namen dieser muß ich das verneinen. Als beim Jahreswechsel der Vorstand dem Kaiser gratulierte, antwortete der Kaiser, indem er den Wunsch ausdrückte, die Ziele des Vereins möchten sich erfüllen. Offizieller, nachdrücklicher kann von der höchsten Stelle im Reiche die Agitation des Vereins nicht unterstützt werden. Auch aus Anlaß der Generalversammlung des Flottenvereins in Dresden ist ein kaiserliches Begrüßungstelegramm an ihn veröffentlicht worden. Kein Zweifel, daß auch von allerhöchster Stelle die Dresdener Beschlüsse gebilligt werden. Aber die offizielle Agitation geht weiter. Der Bürgermeister von Lübeck hat bei der Taufe eines Schlachtschiffes der Flotte einen erheblich schnelleren Ausbau und Ersatz gewünscht, an demselben Tage hat der Senat eine Depesche gleichen Inhalts an den Kaiser geschickt. Ferner erwähnt das Jahrbuch des Deutschen Flottenvereins, daß ihm ihre Sympathie ausgesprochen hätten: die Handelskammern zu Dortmund, Duisburg, Mülheim, Ruhrort, Bochum, und zum Schluß die Handelskammer für Oberbayern. Die große Mehrheit dieser Handelskammern ist am Flottenausbau persönlich interessiert, denn das Ruhrgebiet ist hauptbeteiligt am Flottenausbau, aber dieselben Leute, denen nicht genug Schiffe gebaut werden können, erheben schärfsten Protest, von bez Millionen, die sie am Flottenausbau verdienen, einen winzigen Teil in Form direkter Steuern dem Reiche zurückzugeben. Wenn wir die Reichs-Einkommen- und Vermögenssteuer eingeführt hätten, so würde die Agitation des Flottenvereins sofort auf Minimum zurückgehen. Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika hat jüngst in einer Rede gesagt, Deutschland sei durch das Flottengesetz gebunden, daß es bis 1920 zur See wehrlos sei. Man weiß wirklich nicht, was man zu einer solchen Art von Agitation sagen soll. (Abg. v. Kardorff lacht.) Ja, Herr v. Kardorff, Ihnen geht auch der Flottenausbau nicht schnell genug. Und zugleich gehören Sie zu den Leuten, die keinen Pfennig direkter Steuern für das Reich bewilligen. Nur indirekte Steuern, neue Zölle, neue Massenbelastung. Eine solche Politik ist so schamlos, daß ich nicht verstehe, daß man sie öffentlich vertreten kann.

Präsident Graf v. Helldorf (unterbrechend): Falls Sie mit

dem Ausdruck „schamlos“ ein Mitglied dieses Hauses gemeint haben, rufe ich Sie zur Ordnung.

Abg. Bebel (fortfahrend): Flottenpolitik und Kolonialpolitik stehen in engem Zusammenhang. Weil wir Kolonien haben, müssen wir eine Flotte haben, und wenn wir eine Flotte haben, müssen wir Kolonien haben. Man hat es ja jetzt schon notwendig erklärt, aus Rußland ein zweites Port Arthur zu machen, damit wir jederzeit unsere Schlachtflotte nach dem Osten senden können. Was das im gegebenen Fall kostet und wozu dies führt, hat ja die Flotte Reichsdeputierten gezeigt. Wir sollten uns aufs äußerste vor solchen Gedanken hüten. Das eine steht fest, daß die Agitation des Flottenvereins Ziele verfolgt, die das Deutsche Reich von seinen eigentlichen Aufgaben abzuziehen, und der Nation ungeheure Lasten aufzulegen. Die Agitation des Flottenvereins geht geradezu ins Grenzenlose. Wir soll das enden? Wozu das alles? Ich bin zwar davon überzeugt, daß wir mit England, welches auf dem Prinzip der freien Konkurrenz steht, nicht in Konflikt geraten werden, auch wenn unsere Konkurrenz auf dem Weltmarkt noch weiter wächst. Aber erklären muß ich doch, eine Vermehrung unserer Flotte kann nur dann einen Sinn haben, wenn man an einen Krieg mit England denkt. (Sehr richtig! S. d. Soz.) Gegen Frankreich und Rußland brauchen wir keine Flotte. Wie der Kampf im Osten endigen wird, wissen wir noch nicht. Aber eins steht fest, daß das Bündnis zwischen Rußland und Frankreich gegen uns schon jetzt zerfallen ist, weil das schöne Gemälde von Rußlands Macht verschwunden ist. Der Krieg und jetzt die Revolution haben das bewirkt. Statt nun mit den Rüstungen aufzuhören, sind die Bestrebungen unserer leitenden Kreise darauf gerichtet, all die Summen für die Flottenvermehrung auszugeben, die man sonst für die Flottenvermehrung ausgeben hätte. Nach dem Burenkriege erklärte der englische Kriegsminister, England sei nicht reich genug, um gleichzeitig ein großes Heer und eine große Flotte zu halten. England ist aber reicher als wir. Im vorigen Jahre, als die Ver Stengel zur Beratung kam, sagten die Vertreter sämtlicher Bundesstaaten bis Koburg-Gotha hinunter ihr Sprichwort auf: wir haben kein Geld. Dieselben Kreise aber wollen jetzt Millionen für die Flottenvermehrung ausgeben. Für jedes Schiff, welches wir bauen, baut England zwei. Das habe ich schon vor Jahren gesagt, und meine Prophezeiung ist in Erfüllung gegangen. Die Spannung zwischen beiden Mächten ist nicht kleiner, sondern größer geworden. (Hört, hört! lacht.) Die Einfuhr und die Ausfuhr zwischen Deutschland und England repräsentieren zusammen einen Wert von über 1800 Millionen, also den sechsten Teil des gesamten Handelsverkehrs. Statt nun diese friedlichen Verkehrsbeziehungen zu befehlen, zeigen Sie England durch fortgesetzte Flottenvermehrung. Außerdem ist Ihre Zollpolitik eingefandenermaßen dahin gerichtet, die Einfuhr zu vermindern. Damit treibt man aber keine Weltpolitik. Ihre Flottenpolitik und Ihre Zollpolitik stehen in unlöslichem Widerspruch. Wir müßten das rückhaltlos zur Sprache bringen, damit die Nation beiseite gewandt wird. Auf der einen Seite verteuern Sie dem Volke die Lebensmittel, auf der andern legen Sie ihm die Kosten der Flottenrüstungen auf. Wenn das einmal zur Kenntnis der großen Mehrheit der Nation kommt, dann sage ich: Wehe Ihnen! (Leb. Weis. S. d. Soz.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Es ist nicht richtig, daß der Flottenverein die Regierung zur Einbringung der Flottenvorlage von 1901 veranlaßt hat. Diese Vorlage beruht vielmehr auf einem wohlüberlegten Entschluß der verordneten Regierungen. Der Flottenverein sucht nicht durch ein bestimmtes Programm, insbesondere durch die Forderung eines doppelten Schlachtschiffes, auf die Regierung zu wirken; statutengemäß sucht er nur das Verständnis für die Aufgaben der Flotte im deutschen Volke zu wecken, zu pflegen und zu stärken. Er sucht die Folgen der jahrhundertlangenen See-Entfremdung im deutschen Volke zu beseitigen. (Sehr richtig! rechts.) Andererseits ist es bedauerlich, daß der Flottenverein oder Teile desselben ein bestimmtes Programm aufgestellt haben. Die Regierung läßt sich dadurch nicht beeinflussen und um keinen Schritt von dem Wege abbringen, den sie für den richtigen erkannt hat. Ich wiederhole meine Erklärung in der Budgetkommission: Wenn wir heute ein Flottengesetz aufzustellen hätten, so würden wir es genau so aufstellen wie 1900. (Hört, hört! l. Str.) Ich kann ferner — natürlich ohne Auftrag — bestimmt erklären, daß weder der Kaiser noch der König von Sachsen sich mit Spezialprogrammen des Flottenvereins identifiziert haben, sondern daß sie dem Verein nur ihre allgemeine Anerkennung ausgedrückt haben. (Weis. rechts u. S. d. Natl.)

Abg. Graf Oriola (natl.): Wir glauben, daß der Flottenverein außerordentlich nützlich gewirkt hat. (Sehr richtig! rechts.) Die Ausführungen des Abg. Bebel veranlassen mich nicht, aus dem Verein auszutreten. (Lachen S. d. Soz.) Ich glaube, daß der Abg. Bebel Vereinen angehört, für die die Injurien „gemeingefährlich“ besser paßt. (Unruhe links.) Die Erklärungen des Staatssekretärs werden im Innern und Auslande beruhigend wirken. Uns, die wir für das Flottengesetz von 1900 gestimmt haben, gereicht es zur Genugtuung, daß die Grundtendenzen dieses Gesetzes sich angesichts des ostasiatischen Krieges als richtig erwiesen haben. Im Einklang mit dem Staatssekretär sind wir für einen verständigen und ruhigen Ausbau unserer Flotte in der Richtung der damals abgelehnten Regierungsvorlage betr. Auslandskreuzer. Wenn neue Bewilligungen nötig sein werden, so werden wir ihnen zustimmen. Wir werden aber darauf trachten, die Kosten nach Möglichkeit auf die leistungsfähigen Schultern abzumägen. (Hört, hört! links.) Ausdrücklich hebe ich hervor, daß uns keineswegs eine starke Flotte nichts fern liegt, als der Wunsch nach einem Krieg mit England. (Leb. Weisfall S. d. Natl.)

Abg. Gröber (Str.): Die beruhigenden Erklärungen des Staatssekretärs in der Budgetkommission haben uns sehr angenehm berührt. Wir wollen den Flottenverein durchaus nicht in seiner Agitation beschränken. Wir protestieren aber dagegen, daß er alle seine Gegner mit häßlichen Verurteilungen heim sucht und ihnen einfach den Patriotismus abspricht. (Weisfall l. Str. u. links.) Die hohen Herren an der Spitze des Bundes, die in die politische Arena hinabsteigen, müssen sich gefallen lassen, wenn sich nun auch die öffentliche Kritik mit ihnen beschäftigt. Der Vorstand des Flottenvereins hat gleichzeitig mit der Flottenvermehrung eine gründliche Steuerreform verlangt. Er hat aber auch diese Forderung aufgegeben, denn in den Kreisen des Vereins scheint dafür keine richtige Stimmung zu herrschen. (Heiterkeit u. sehr gut! l. Str. u. links.) Wir halten die Agitation des Flottenvereins für gemeingefährlich im Hinblick auf die äußeren und inneren politischen Verhältnisse. Wir halten es für sehr gefährlich, wenn gegenüber dem Auslande unsere Flotte auf derartige heruntergesetzt wird. Im Innern gefährdet die Flottenagitation das Militärgesetz und mehr noch die Militärpensionsvorlage. Am allerbedenklichsten aber ist, daß der Flottenverein sich als unverantwortliche Nebenregierung etabliert. Er kann es noch dahin bringen, daß die Auslandschiffe auf Grund der Gutachten der Sachverständigen des Flottenvereins, das neue Schlachtschiffes auf Grund der Gutachten der Sachverständigen des Marineverwaltung, abgelehnt werden. (Heiterkeit.) Der Flottenverein hat mir seine Flugblätter zugesandt. Eine Liebe ist der andere wert. Mein Dank besteht darin, daß ich ihn auffordere, eine recht kräftige, großartige Agitation für eine ordentliche Flottensteuer zu entfalten. (Heiterkeit.) Wir werden zu den Auslandschiffen Stellung nehmen, sobald die Regierung sie fordert. Heute handelt es sich um das Gehalt des Staatssekretärs und ich bitte, dies zu bewilligen. (Heiterkeit.)

Abg. v. Rasmann (Konf.): Die Agitation des Flottenvereins ruht auf patriotischem Grunde. (Bravo! rechts.) Wenn das neue Flottengesetz kommt, werden wir es wohlwollend prüfen. (Bravo! rechts.) Wir werden bewilligen, was für die Erhaltung unserer Wehrkraft zur See erforderlich ist. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Mommsen (Freis. Bg.): Die Ziele des Flottenvereins sind gute, aber seine Agitation schießt über Ziel hinaus. Eine neue Flottenvorlage muß auch die Mittel zur Deckung der Kosten enthalten. Im übrigen werden wir dieselbe, sobald sie kommt, wohlwollend prüfen. (Weis. S. d. Freis. Bg.)

Abg. v. Kardorff (Rp.) verteidigt den Flottenverein. Herr Bebel weiß immer auf direkte Steuern hin. Ich bin kein Gegner der Reichs-Einkommensteuer an sich, aber ihre Einführung würde die Mediatisierung der Einzelstaaten bedeuten. So kann ich diese Forderung nur als ein Agitationsmittel betrachten. Die Klagen über die angeblich verderblichen Folgen der Militärausgaben haben sich ebensowenig als richtig erwiesen, wie die dükern Prophezeiungen über die Wirkung der Schutzpolitik, die Hamburger schon im Jahre 1879 ausgesprochen. (Weisfall rechts.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Bp.): Wir können jetzt noch keine Stellung zu der kommenden Flottenvorlage einnehmen. Zu wachsam ist die behördliche Unterföhung, die der Flottenverein findet; wir müssen uns aber auch gegen die Uebertreibungen der grundsätzlichen Flottengegner wenden. Das deutsche Volk braucht ein kräftiges Schwert. Das Schwert darf aber nicht länger sein, als der Arm selbst. (Sehr richtig! S. d. Freis.) Steuerpläne auszuarbeiten ist nicht unsere

Fenilleton.

Nachdruck verboten.

Das schlafende Meer.

Novelle von F. v. Siebig.

(14. Fortsetzung.)

„Haha, das tut sie, ja, das tut sie!“ Hell lachend schlug Stasia die Hände zusammen, und dann schwahte sie: „Gnädige Pani, wissen doch? Der Sohn, was Susar ist, der junge Rittmeister, der soll Vater sein zu der Michalina ihrem Kind. War die Michalina doch Stubenmädchen in Przychorowo. Und da soll der Alte, der Herr Reszner, sie furchtbar geschimpft und ihr mit dem Stock gedroht haben — aber nur gedroht hat er. Doch die Pani hat sie beim Arm gekriegt und ihr links eine geschlagen und rechts eine. Da ist sie vor Angst gelaufen, so schnell sie konnte, und hat sich nie mehr aufs Dominium getraut. Was sagen gnädige Pani zu der Geschichte?“ Stasia stemmte die Arme in die Seiten und sah ihre Dame erwartungsvoll an; man merkte ihre Freude, ein wenig skandalisieren zu können.

„So nun, und was weiter?“ Jadwiga gähnte anhaltend.

„Man kann hier keinem Menschen was übelnehmen, dem nicht und auch dem nicht — bei dieser Rangenweile! Ach! Dolechal wäre noch der einzige, der passabel sein könnte!“

„Und hat er sich in die Pani verliebt?“ fragte vertraulich blinzeln das Mädchen.

„Du bist unverschämte!“ Die Garczynska zuckte, wie von einer unangenehmen Erinnerung berührt.

Stasia schlug die Augen nieder. „Verzeihen gnädige Pani, ich bin nicht unverschämte. Ich bin nur wissbegierig. Möchte gern wissen, ob der große Niemczyce Baron auch so leicht zuschnappt, wie so ein kleiner Schwabb. Da braucht's nur einen Blick — nur ein ganz kleines Blickchen!“ Sie lachte spitzbüblich und hob die demütig gesenkten Augen mit drohlichem Ausdruck.

Die Herrin war schon wieder versöhnt.

Eine Neigung, mit der ihr Mann sie oft neckte, zog Frau von Garczynska zu Stasia. Als Tochter des langjährigen herrschaftlichen Försters hatte diese von vornherein

eine andre Stellung eingenommen als ein gewöhnlicher fremder Diensthote. Schon die zierliche Siebenjährige war aufs Schloß gekommen; sie hatte der Pani Erdbeeren aus dem Chwaliborzcyer Wald gebracht und — wenn auch Förster Frelifowski einst „Fröhlich“ geheßen — zu den polnischen Kindern gehört, die den besonderen Unterricht der gnädigen Herrin genossen.

Wenn Garczynski seine Gattin mit ihrer Vorliebe für die Försterstochter neckte und Jadwiga schlechter Stimmung war, pflegte sie von einer Wüste zu sprechen, in der man einen grünen Fleck schon einen Garten nennt. Dann neckte er nicht mehr, im Gegenteil, er pflichtete ihr bei. Sie hatte recht: wie anders war es früher hier gewesen! Unbegangener der Ton, heiterer die Geselligkeit, geradezu glänzend! Man hatte sich amüsiert auf den Bällen in Posen — auf einem dieser Bälle hatte er die schöne Tochter des reichen Warschauer Bankiers kennen gelernt, dessen Reichthum weder noch dessen Katholizismus ererbte war — und auch die Kasinofeste in der Kreisstadt waren sehr angenehm gewesen. Man war eben unter sich. Aber jetzt —? Auf dem Lande wenigstens, eingekerkelt zwischen deutschen Besitzern, war es nicht möglich, erklusiv zu bleiben. Und immer näher rückte einem Plebs auf den Hals. Wer hatte sonst hier kleine Leute gekannt? Leute, die kaum zehn Sektar ihr eigen nannten — oft nicht einmal so viel — erhoben jetzt den Anspruch, wie Besitzer begrüßt zu werden. Schmarozend, wie Wölben auf der kranken Rose, hockten die Ansiedler im Land. Unerträgliche Zustände!

Alexander von Garczynski vergaß ganz, daß in seiner Jugendzeit Przychorowo und vor allem Niemczyce, längst schon in deutschen Händen gewesen waren; aber er hatte das damals nicht so unliebsam empfunden. Woran lag das? Nun, woran es auch liegen mochte, jedenfalls jetzt so schnell wie möglich verkaufen! Und so hoch wie möglich! Wenn Garczynski an die Ansiedlungskommission dachte, fühlte er sich sehr erleichtert. Ueberdies waren ihm die letzten Jahre nicht günstig gewesen, und die Bank Biemski*) würde nicht in der Lage sein, ihn so mit einem Ruck sicher hinzustellen.

*) Polnische Landbank.

Noch an diesem späten Abend beschäftigten ihn solche Gedanken. Sie beschäftigten ihn so lebhaft, daß er, trotz der Tinte an seinen Fingern und, ohne den Kock zu wechseln, der von der Nähe des Schreibers unliebsamen Duft angezogen hatte, seine Gattin aufsuchte.

Stasia konnte einen kleinen Freudenstreich kaum unterdrücken, als der gnädige Herr so unermüdet eintrat.

„Soll ich jetzt gehen und die Nepomuc... wegkücken?“ jagte sie geschwind. „Sie wartet schon zwei Stunden.“

Aber sie kam so leicht nicht fort, wie sie gehofft hatte. „Daß sie warten“, war die Antwort. „Und Du wartest auch!“

„Es ist nur Stasia“, sagte Jadwiga zu ihrem Gatten, als sie seinen unwilligen Blick bemerkte.

„Ich möchte etwas allein mit Dir besprechen!“

„Nun, so sprich doch! Wir sind ja allein. Nun? Was willst Du?“

Sich auf die Seitenlehne ihres Sessels setzend, nahm er spielend ihre Hand. Und dann sagte er ihr, daß er eben vom Schreiber habe ausrechnen lassen, daß Chwaliborzcyer im Verkauf so und soviel bringen müßte, wenn der Verkauf lohnen sollte.

„Du bist eine kluge Frau, Jagusia“, murmelte er zärtlich und küßte ihre Hand. „Und —“ er hielt an und ließ seinen Blick über sie hingleiten mit einem leichten lächelnden Nicken — „Du bist eine sehr schöne Frau! Was würdest Du davon halten, mein Täubchen, wenn wir die Herren von der Kommission zum Diner einladen? Dolechal möchte ich auch dazu bitten. Er ist mir wichtig. Er ist mit der Regierung liiert; ich habe gehört, daß er erst neulich in Posen war, beim Oberpräsidenten. Ist Dir's recht? Mach's recht national, mein Seelchen: Barzschich*) und Entenpotrawa und — ach, Du wirst schon wissen! Und viel alten Ungar! Ich sage Dir, sie trinken beim Dessert aus Wein aus Schuß. Sag, was hältst Du davon?“

„Sehr viel“, sagte sie lächelnd und lehnte den Kopf an seine Schulter. „Und dann ziehst Du auch mit mir hin, wo mir's gefällt, nicht wahr, Olex?“

(Fortsetzung folgt.)

*) Rote Hühnersuppe.

Sache, sondern die der Geheimräte, die dafür bezahlt werden. Auf keinen Fall dürfen die breiten Massen noch mehr belastet werden. Sogar die Reichseinkommensteuer durchsetzen, so müssen wenigstens eine Reichserbschaftsteuer und eine Reichserbschaftsteuer eingeführt werden. Aber die Flottenbesetzung der Herren hört auf, wenn sie die Kosten tragen sollen. (Weil. S. d. Freil.)

Abg. **Ernst** (Antif.): Dem Flottenverein wird hier eine übertriebene Wichtigkeit beigelegt. Es ist gefährlich zugleich Meer und Flotte zu vermehren. Die drei Schichten dürfen nicht getroffen werden. Ein Krieg mit England wünscht niemand, auch nicht der Abg. Liebermann von Sonnenberg. (Weil. S. d. Antif.)

Abg. **Bebel** (Soz.): Ich muß noch einmal auf die Beziehungen zwischen dem Deutschen Flottenverein und den regierenden Kreisen hinweisen. 1898 setzte die Agitation für die weitere Flottenvermehrung ein. Auf eine Anfrage des seither verstorbenen Abg. Lieber verneinte der Staatssekretär die Aussicht einer solchen Vermehrung. Im folgenden Sommer ist er, wie er sagte, von selbst auf den Gedanken gekommen, daß ein neues Flottengesetz notwendig sei, und im November 1899 kam die Vorlage. (Hört, hört! S. d. Soz.) Nach solchen Vorgängen ist eine große Meiste gegenüber allen Erklärungen des Staatssekretärs sehr am Plage. (Sehr richtig! S. d. Soz.) Sicher hat der Flottenverein das gute Recht, für seine Tendenzen zu agitieren; ich habe nur darauf hingewiesen, daß sehr hohe Personen mit seinen Tendenzen völlig übereinstimmen. Der König von Sachsen hat direkt die Beschlüsse der Dresdener Versammlung des Flottenvereins gebilligt. (Sehr richtig! links.) Die „Mitteldeutsche Zeitung“ schrieb, daß der Kaiser sich über die Agitation des Flottenvereins freute, so würde der Reichskanzler nicht länger Trost zu bieten wagen. (Hört, hört! S. d. Soz.) Es ist sehr erfreulich, daß sich das Zentrum und die liberale Linke einschließen lassen die Agitation des Flottenvereins ausgesprochen haben. Hoffentlich bleiben die Herren fest. Die Opfer müssen von denen getragen werden, die sich für diese neuen ungeheuren Ausgaben begeistern. Freilich habe ich immer gefunden, daß die Begeisterung in den besitzenden Klassen in demselben Maße abnimmt, in welchem Opfer von ihnen gefordert werden. Unsere Handelsflotte ist ohne den Schutz einer Kriegsmarine emporen geblieben, und es hat lange Zeit und Mühe gekostet, ehe die Flottenbegeisterung in der Bourgeoisie der Seestädte Wurzeln schlug; jetzt marschieren freilich der Senat von Altona voran. Der Flottenverein reißt unsere Flotte in einer Weise herunter, daß, wenn wir es tun würden, wir des Vaterlandsverrats beschuldigt werden würden. Eine Forderung erzeugt die andre; jetzt wird schon ein Umbau des Nord-Ostsee-Kanals gefordert. Herr von Kardorff erwähnte die Folgen der Bismarckschen Schusspolitik. Unser Handel hat nicht während der Bismarckschen Reg. in den Jahren von 1893-96, zurzeit der Caprivischen Handelsverträge, seinen eigentlichen Aufschwung genommen. Daß unser Export durch den neuen Zolltarif ganz vernichtet werden wird, ist mir nie eingfallen zu behaupten. Wohl aber wird er außerordentlich beeinträchtigt werden, und das ist ja auch, das von Herrn von Bismarck eben ziemlich unüberlegt eingeschobene Ziel. Jetzt, da eben der Durchbruch des Simons mit Jubelstimmen gefeiert wird, schreit die Bourgeoisie der mitteleuropäischen Länder zur Erhöhung ihrer Zollmauer. Daß ist einer jener inneren Widersprüche, an denen die bürgerliche Gesellschaft dahinstirbt. (Lebhafter Beifall S. d. Soz. Laufen rechts.)

Abg. **Arndt** (Rp.) verbreitet sich über die Caprivischen Handelsverträge. Eine große Handelsflotte ist auf die Dauer unhaltbar ohne eine starke Kriegsmarine. Wenn die Sozialdemokraten in der Weise des Flottenvereins Vaterlandsverrat betrieben (schändliches Geschrei links) wäre uns alles wohl. Gerade Russlands Niederlagen beweisen den Wert einer starken Flotte. Der Flottenverein ist kein politischer, sondern ein patriotischer Verein. Es ist ungerecht, wenn dem Zentrum der Patriotismus abgeprochen wird, es ist aber ebenso ungerecht, wenn ein Zentrumsbürger den Flottenverein als gemeinlich bezeichnet. Die Forderung einer Reichseinkommensteuer verfolgt nur agrarische Zwecke. Die Reichssteuer darf nicht gefährdet werden, weil im Bundesrat keine Mehrheit für eine Einkommensteuer ist. Ich wünsche dem Flottenverein ein kräftiges Wähnen, Wachsen und Gedeihen. (Bravo rechts.)

Abg. **Wohle** (Freil. Bg.) polemisiert gegen den Abg. Arndt. Die Mittel für eine neue Flottenvorlage kann man bei gutem Willen schon aufbringen; 40 Millionen kann man sofort durch Anhebung der Reichsgaben flüssig machen, und ich glaube, hierfür würde sich schon heute eine Mehrheit im Reichstage. An einen Krieg mit England glaube ich nicht. Wir haben Gott bei uns und einen Dreihund. Leider sind wir nicht ganz so ungeschuldig an der Verwicklung zwischen uns und England, auch bringt uns Handelspolitik manche feindliche Stimmung hervor. (Sehr richtig! links.)

Abg. **Waller**, Sagan (Freil. Bpt.) überlegt, ob es sich empfiehlt, zur Verbesserung des Lones im Reichstag einen Anträge-Ausschuß heranzuziehen. (Große Freierlei.) Abg. **Gothein** hat ganz recht: Man kann schon die leistungsfähigen Schultern treffen, aber man will nicht. (Beifall links.)

Hiermit schließt die Diskussion über den Titel „Staatssekretär“. Der Titel wird bewilligt.

Beim Kapitel 51 (Selbstverpflichtungen) wird der Titel 1 (Geldbesetzung für Spezialisten einschließlich pensionierter Offiziere) im Hinblick auf das Personalgesetz abgelehnt.

Zu Kapitel 60 Titel 1 (Besetzung des technischen Personals für Instandhaltung der Flotte) bringt

Abg. **Jubeil** (Soz.) Beschwerden von Werftarbeitern vor. Die Leute werden durch Arbeitslosigkeit zum Austritt aus dem Seemannsstande genötigt. Auch wenn es sich nicht um politische Gründe handelt, geht die Werftverwaltung mit Arbeiterentlassungen höchst rücksichtslos vor. Der Werkstaten-entwurf ist zwar eingeführt, aber die Löhne sind dabei gesunken. Auf der Danziger Werft hat man die Erhöhung des Stundenlohns durch erhöhte Arbeitsleistung illusorisch gemacht. Eingeworfene Arbeiter werden entlassen, während eine Menge Arbeiter im Auslande hergesteuert werden. Man ist nicht förmlich beschuldigt zu haben, den Danziger Werftarbeitern den Aufschwund zu verweigern. Den Beamten hat man keine Kräfte gemacht, im Gegenteil sind für sie noch mehr Forderungen eingeleitet worden. Auf der Danziger Werft wird ein wegen eines entsetzlichen Bergchens vorbestrafter Arbeiter nicht eingestellt, aber ein Wohlhabender zur Verwaltung der Werft führt, der die Arbeiter durch die Verhinderung der Werftarbeiten in die größte Not versetzt. (Weil. S. d. Soz.)

Sehrmer Admiralskapitän **Haras** tritt den Ausführungen des Staatssekretärs entgegen. Bei den notwendigen Entlassungen werden diejenigen geteilt, die die längste Zeit beschäftigt waren. Im Falle der Werftarbeiten hat man keine Kräfte gemacht, im Gegenteil sind für sie noch mehr Forderungen eingeleitet worden. Auf der Danziger Werft wird ein wegen eines entsetzlichen Bergchens vorbestrafter Arbeiter nicht eingestellt, aber ein Wohlhabender zur Verwaltung der Werft führt, der die Arbeiter durch die Verhinderung der Werftarbeiten in die größte Not versetzt. (Weil. S. d. Soz.)

Abg. **Wohle** (Freil. Bg.): Die Aufwandsbeschränkung sind redlich beabsichtigt, die Beschwerden abzuhelfen. Die Löhne auf der Danziger Werft sind allerdings niedriger als die Löhne in Kiel und Wilhelmshafen. Das kommt aber daher, daß die Löhne in Danzig sehr niedrig sind als im Westen. Ich halte die Arbeitsleistung für die Werft, nur sollten die Löhne höher sein. Die Einführung der Werftarbeiten ist immer mit einer vorübergehenden Lohnsenkung verbunden.

Abg. **Legien** (Soz.): Die Lebenshaltung der Arbeiter auf den Werften hat sich nicht verbessert, sondern verschlechtert. In Kiel werden infolge der Flottenvorlage große Mengen an eine niedrige Lebenshaltung gewöhnte Arbeiter herangezogen, während die Arbeiter in Danzig und die Arbeiter in Kiel werden. Die Arbeiter sind in Danzig um 20 Prozent niedriger als in anderen Häfen. Das ist ein Beweis, daß die Werftarbeiten nicht den Arbeiter zum Vorteil bringen. (Sehr richtig! S. d. Soz.)

Staatssekretär **v. Tirpitz** polemisiert gegen den Vorredner und erklärt, daß das Einkommen der Arbeiter an den Werften seit der letzten Flottenvorlage um durchschnittlich 154 Mark gestiegen sei.

Abg. **Jubeil** (Soz.) kommt auf den Fall des Wohlfahrts-Gesellschafter zurück. Von den Werftverwaltungen wird, wie in Danzig einmal vor Gericht festgestellt wurde, ein unwürdiges System polizeilicher Schikane getrieben. Herrn Wommsen gegenüber bemerke ich, daß die Danziger Arbeiter 33 Prozent ihres Einkommens für Miete ausgeben müssen. Ich muß alles dies im Reichstag vorbringen, weil dies der einzige Weg ist, um den Beschwerden der Arbeiter abzuhelfen. (Bravo! S. d. Soz.)

Damit schließt die Diskussion über den Titel, der nach dem Vorschlag der Kommission angenommen wird.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. (Fortsetzung des Marine-Etats und des Etats des Reichsamt des Innern.)

Schluß 4 1/2 Uhr. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 27. Februar 1905.

Keine Reichs-Erbchaftsteuer.

Nachdem eine Zeitlang mannigfache Gerüchte davon erzählt wurden, daß man im Reichshaus die Einführung einer Reichserbschaftsteuer ernstlich plane, weiß jetzt die „Deutsche Tageszeitung“ zu berichten, daß der Bundesrat seine ablehnende Stellung gegenüber dieser Steuer nicht aufgegeben habe und „nach menschlicher Voraussicht“ auch nicht aufgeben werde.

Das mag vollkommen richtig sein. Denn die Einführung einer Reichs-Erbchaftsteuer hat nur dann einen Sinn, wenn auch die direkte Linie von ihr getroffen wird, wie das in England, Frankreich und der Schweiz mit großem Erfolg geschieht. Die deutschen Einzelstaaten aber, die meist Privilegienparlamente sind, haben gegenüber einer solchen Besteuerung der besitzenden Klassen immer eine starke Abneigung übertragen haben wird.

Die Einführung der Reichs-Erbchaftsteuer läßt sich aber nur dann vermeiden, wenn andre materielle Mittel zur Ordnung der Reichsverwaltung gefunden werden. Daß von dem neuen Handelsvertragsstärk eine Füllung der Reichskassen nicht zu erwarten ist, wird allgemein anerkannt und ist auch von dem Reichshaussekretär Freiherrn v. Stengel in seiner letzten betrübten Rede ohne weiteres zugegeben worden. Da nun die Reichs-Erbchaftsteuer immer noch die mildeste Art ist, die besitzenden Klassen zur Tragung der Reichskosten heranzuziehen, und eine Reichs-Einkommensteuer oder eine Reichs-Vermögenssteuer ihnen sicher noch viel unwillkommener sein würde, so ist es klar, daß die Lasten der wachsenden Reichsausgaben abermals auf den Rücken der breiten Volksmassen abgehoben werden sollen. Ist es erst so weit, daß die Sozialdemokratie einen neuen Plan zur Besteuerung des Massenkonsums im Interesse der von ihr vertretenen Volkskreise bekämpfen muß, wie sehr wird dann die ordnungsliebende Presse wieder gegen die „infame Geze der Volksaufwiegler“ hetzen. Daß die besitzenden Klassen ganz im stillen ihnen unbehagliche Steuerprojekte zu Tode „hegen“, ist ihr gutes Recht. Das Volk aber hat zu schweigen und zu zahlen! —

Domweih.

Die Chroniken der alten deutschen Städte wissen von Dombauten und Domweihen viel zu erzählen. Jahrzehnte und Jahrhunderte hat in mittelalterlicher Zeit der Bau eines neuen Gotteshauses für ganze Bürgerstädten den Mittelpunkt ihres geistigen Lebens gebildet; Liebe, Sorgfalt, Opfermut und Kunstfleiß haben sich vereint, um jene Werke der Baukunst zu schaffen, die selbst dem modernen Seiden ein Staunen der Bewunderung abringen.

Am Montag wird in Berlin eine neue Domweih begangen. Das Pantheon der Hohenzollern wird mit pompösen Zeremonien seinen Zwecken übergeben. Die ganze Berliner Presse beschäftigt sich schon am Sonntag mit diesem Ereignis, aber es ist nirgends die rechte Freude dabei. Die Kunstkritiker der bürgerlichen Presse, die am Sonntagabend zu einer Vorbesprechung geladen waren, können im Grunde nur die Meinung wiederholen, die mit jedem Stein des Baukolosses sich immer mehr befestigt hatte: dieses Meisenhaus ist ein widerlicher Knallprob, ein später Emporkömmling, der die Manieren der italienischen Renaissance nachahmt, ohne auch nur eine Ahnung von ihres Meisen wirklicher Größe zu spüren. Fronne und nationale Blätter wissen wenig anzufangen mit diesem Monument des Byzantinismus, das deutsch und protestantisch sein soll, aber italienisch und katholisch ist.

Der Bau dieses Domes ist auch niemals eine Volksfrage, sondern immer nur eine Sache der Hohenzollernherrschaft gewesen. Die prunkhafte Machtentfaltung des neuen Preußen-Deutschland sollte in ihm seinen Ausdruck finden. Und so hat auch der Kranz von Historie und Legende, der ihn und die ganze moderne Kirchenbau-Mera umschlingt, wenig gemeinsam mit jenen frommen Sagenkreisen, von denen die Baugeschichte der alten Dome umschlungen ist. Die materielle Grundlage zum Bau des neuen Domes wird dadurch gewonnen, daß man im Jahre 1892 vom preussischen Landtag das runde Sämmchen von 10 Millionen Mark forderte. Selbst die freiwilligen Abgeordneten Berlins haben damals gegen die Bewilligung gestimmt, und das Wort wurde noch ganz anders ausgefallen sein, wenn die wirkliche Bevölkerung Berlins zu Wort gekommen wäre. Damals hatten die Verjüngten, Berlin zur schönsten Stadt der Welt zu machen, erst ihren Anfang genommen. Das pompöse Ausstattungswejen, in das man sich inzwischen gefügt hat, rief damals die auferregteste Kritik hervor.

Um auch die Stadt Berlin für den gesteigerten Kirchenbau betriebs tributpflichtig zu machen, grüß man mittelalterliche Verordnungen aus und bewidelte die Stadt in langwierige Prozesse, aus denen sie schließlich als Sieger her-

vorging. Schlimmer aber als dieser schlimme Prozeßhandel ist der Kirchbauschand, mit dem die neue Aera der Kirchenbaumeisterie für ewig und immer verknüpft ist.

Volkstheorie sind vordem die Einweihungen der Kirchen gewesen, und noch immer begehrt die Bevölkerung des flachen Landes die „Kirchweih“ als ein gemeinsames Fest. Unter strengen Absperrungen als im steifsten höfischen Zeremoniell geht die Hohenzollern-Kirchweih vor sich. Es wäre nicht notwendig gewesen, über ein so nebensächliches Ereignis an dieser Stelle nur ein Wort zu verlieren, wenn nicht das Reflamengeschrei der gutgeimten Presse den Vergleich zwischen einst und jetzt förmlich aufdrängte. Die Berliner Domweih ist die innere Angelegenheit eines kleinen engumschriebenen Kreises; weder das Volk, noch die Stadt, noch die Kunst, ja nicht einmal die Religion, sofern man sie als feilsche Zuerlichkeit, nicht als ein äußerliches Prunkfestimmern auffaßt, haben mit ihr etwas zu tun. Sie kommt reichlich um ein halb Jahrtausend zu spät! —

Die teuersten Eintrittskarten der Welt.

Im Abgeordnetenhaus hat Herr Camp lebhafteste Beschwerde darüber erhoben, daß dem Hause nur 60 Karten zur Einweihung des neuen Hohenzollern-Domes zugestellt worden seien. In der Tat ist es seltsam, daß gerade der Landtag, der doch die Steuerelder für's Ganze bewilligt hat, an der Kirchenparade so wenig beteiligt wird. Für 10 Millionen Mark nur 60 Eintrittskarten — das macht für das einzelne Billett 166 666 Mark und 67 Pfennig; und das ist entschieden recht viel für die Erbauung. —

Die Grel in Mohilew.

Nach dem „Vorwärts“ haben wir vor einigen Tagen Briefe aus Mohilew am Dnjepr wiedergegeben, in denen grauenbolle Einzelheiten aneinander gereiht wurden über die Mißhandlungen und Grausamkeiten, die von der vertierten Polizei an jüdischen Arbeitern und Arbeiterinnen verübt worden sind. Jene Meldungen, die das Blut in den Adern erstarren, werden vollständig bestätigt durch die Veröffentlichungen des Bundes jüdischer Arbeiter in Rußland. Es heißt dort:

„Partienweise wurden friedliche Arbeiter von der Straße weg verhaftet, einen Tag lang im Gefängnis zu Krüppeln geschlagen, um dann neuen Arbeitergruppen Platz zu machen, die gleichfalls auf das rohste mißhandelt wurden. Rängs der Treppen und Korridore des Polizeigefängnisses harrten Polizisten, Feuerwehrlente und Dornröschen (Hausbesorger) der eingekerkerten Arbeiter. Die armen Opfer mußten nun durch diese Reihen Langsam Spiegruten laufen, worauf die meisten am Ende dieses Leidensweges unter den unbarbarischen Schlägen der Mittel der ußlos zusammenbrachen. Auch dann hörte die Folter noch nicht auf; man trat sie mit Füßen. Sie mit dem blauen Säbel auf sie ein, rief sie bestialisch an den Gaaren. Mit ausgelegten Augen, gespaltenem Schädel wurden dann die armen Opfer Säden gleich in betäubtem Zustand übereinander in ein dunkles Kellerloch geworfen. Die Lage jener Genossen, die ihren betäubten Kameraden zu Hilfe kommen wollten, war eine entsetzliche. Die Polizeibühnen wergerten sich sogar, Wasser zu geben, um die Ohnmächtigen zum Bewußtsein zu bringen und sie zu laden und es mußte — es klingt ungläublich, und doch sind das Parteiberichte des „Bundes“ — das stark hervorströmende Blut eines am Kopfe betäubten Kameraden als Ersatz dienen.“

Von der Bestialität der Polizeihunde und ihrer Helfer, freiwilliger Gähner aus dem bigotten jüdischen Bürgertum, die ihnen die Arbeiter einfangen halfen, kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man erfährt, daß selbst ein russischer Echinomvnik (Polizist) über dieses Treiben empört war und seiner Entrüstung laut Ausdruck gab. Im Hofe des Gefängnisses spielten sich gräßliche Szenen ab. Ein entmenschter Polizist gab sich einem unerhörten perversten Genuß hin; er tanzte einen regelrechten Tanz auf dem Körper eines am Boden liegenden Arbeiters und spielte selber auf einer Ziehharmonika die Tanzweise dazu.“

Die Polizei glaubt, durch solche Mittel den Zarismus und sich selbst zu retten. Indessen ist selbst die politisch indifferente Bevölkerung von Mohilew in hohem Grade aufgebracht und aufgeregert. Von den Arbeitern schon gar nicht zu reden. Vergeltung, Rache und Sühne, das ist es, was ihre Gemüter gegenwärtig beschäftigt! Und sie werden sich zu rächen wissen! —

Hungerstreik politischer Märtyrer.

Aus Witebsk wird folgendes gemeldet: Am 15. Januar entschlossen sich elf politische Gefangene, die Gefängnisverwaltung durch freiwilliges Hungern zur Wiederherstellung des früheren Regimes zu veranlassen. Danach bekamen diese Gefangenen täglich 7 Kopfen zur Befestigung, sie hatten das Recht, Uhren bei sich zu tragen, Nahrungsmittel von den Besuchern als Geschenk zu empfangen, Bänke zu benutzen usw. Als ihnen diese „Privilegien“ zum Teil oder ganz genommen worden, beschloßen die politischen Gefangenen, nicht früher Nahrung zu sich zu nehmen, als bis sie ihre beschiedenen Rechte wiedererlangt haben. Das Hungern begann am 15. Januar und lenkte mit einem Male die Aufmerksamkeit der ganzen Stadt auf sich. Am 20. Januar verbreitete sich in der Stadt das Gerücht, daß die Verhafteten durch das Hungern so weit geschwächt seien, daß sie sich nicht mehr von ihren Betten zu erheben vermögen, und eine Frau dem Tode nahe sei. Ungeduldig dessen sandten mehrere Bewohner der Stadt an den Minister des Innern, Smiatopolski-Wirski, nachstehendes Telegramm: „Bereits seit sechs Tagen hungern die im Gefängnis internierten politischen Verbrecher, weil sie mit der förmlich eingeführten neuen Gefängnisordnung unzufrieden sind. Für das Leben der Hungernden fürchtend, halten wir es für unsere heilige Pflicht, die Aufmerksamkeit Ew. Erlaucht auf diesen Umstand zu lenken, der die Gesellschaft in hohem Grade erregt.“ Das Telegramm wurde um 7 Uhr abends

aufgegeben und um 2 Uhr nachts wurden die Gefangenen mit der Mittelung geweckt, daß alle ihre Forderungen erfüllt werden sollen.

Es ist sehr selten, daß die Hungerstreiks diesen Ausgang nehmen. Meistens berenden die Märtyrer unter dem Hohngelächter der entmenschten Harenshergeren.

Gewerbverein und Metallarbeiterverband.

Ein schwächlich entwickelter Junge ist der Gewerbeverein der deutschen Maschinenbauer und Metallarbeiter (S.-D.). Im Jahre 1904 hat seine Mitgliederzahl um 778 zugenommen und betrug am Ende 1904 43 796. Die Gesamt-Einnahme des Gewerbevereins betrug 422 266,20 Mark, darunter für Beiträge und Beitrittsgebühren 366 614,73 Mark. Diese Einnahme erreicht nicht einmal die Summe, die im 5. Bezirk des Deutschen Metallarbeiterverbandes für Beiträge und Beitrittsgebühren einging. In dem einen Bezirk waren 1904 durchschnittlich gerechnet 20 448 Mitglieder vorhanden, dabei stellte sich die Einnahme wie folgt:

Wochenbeiträge	389 654,45 Mark
Beitrittsgebühren	5 227,30 "
Summa 395 481,75 Mark	

Also 28 865,22 Mark mehr wie im ganzen Gewerbeverein.

Außerdem sind im 5. Bezirk des Metallarbeiterverbandes noch viele tausend Mark an Extrabeiträgen vereinnahmt, die von den örtlichen Verwaltungen verwaltet werden.

In der Ausgabe des Gewerbevereins erscheinen als Kapitalanlage 48 850,70 Mark. Die Gesamtausgabe beträgt 423 625,05 Mark. Also betrug die Ausgabe für Zwecke des Gewerbevereins 374 775,35 Mark. Für Unterstützungen wurden verausgabt:

Reisenunterstützung	19 443,21 Mark
Umzugsunterstützung	18 624,99 "
Arbeitslosenunterstützung	79 801,75 "
Streikunterstützung	32 895,51 "
Aus besonderen Fonds	2 130,83 "
Begahlte Beiträge	4 638,18 "
Außerordentliche Unterstützung	9 750,00 "
Summa 162 284,47 Mark	

Die Verwaltung erforderte:

a) persönliche Ausgaben:

Gehälter	16 335,28 Mark
Büreauhilfe	11 172,46 "
Pension	300,00 "
Unfallversicherung	682,40 "
Generalrevisoren	486,80 "
Sitzungen	1 484,30 "
Kontostreifen	1 002,73 "
Summa 31 463,97 Mark	31 463,97 Mark

b) sächliche Ausgaben:

Drucksachen u. Material	9 139,41 Mark
Bureauanteile	3 510,68 "
Bureauporto	2 861,46 "
Summa 15 511,55 Mark	15 511,55 "

Verwaltungskosten insgesamt 46 975,52 Mark

Zur Agitation waren notwendig:

Für Agitationsleiter	10 351,20 Mark
Für Agitationsstreifen	8 397,91 "
Für Agitationsdrucksachen	6 572,70 "
Insgesamt 25 321,81 Mark	

Somit kosteten Verwaltung und Agitation im Jahre 1904 den Gewerbeverein 72 297,33 Mark und dabei mußte noch sehr sparsam gewirtschaftet werden. Die Kosten für die örtlichen Verwaltungen sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Bemerkenswert ist, daß für die Verwaltung bedeutend mehr verausgabt werden mußte, wie an Streik- und Maßregelungsunterstützung gezahlt werden konnte.

Die Presse des Gewerbevereins nahm in Anspruch:

Für „Regulator“:	
Druck, Satz und Papier	34 403,10 Mark
Honorar	1 319,85 "
Zeitungsabonnement	235,97 "
Rechtschutz	354,30 "
Porto	13 692,78 "
Für „Gewerbeverein“-Abonnem.	5 716,00 "
Insgesamt 55 722,00 Mark	

Andere Ausgaben sind gemacht für:

Verbandssteuern	12 100,00 Mark
Aus besonderen Fonds	22 001,39 "
Zurück an Vereine	51 424,66 "
Sonstige Ausgaben	332,61 "
Insgesamt 85 858,66 Mark	

Stellt man die Ausgaben zusammen, wie folgt:

Unterstützungen	162 284,47 Mark
Verwaltung	46 975,52 "
Agitation	25 321,81 "
Presse	55 722,00 "
Örtliche Verwaltungen	51 424,66 "
Verbandssteuern	12 100,00 "
Besonderer Fonds	19 870,56 "
Sonstige Ausgaben	332,61 "
Es ergeben die Ausgaben 374 031,63 Mark	

Die Einnahme aus Beiträgen und Beitrittsgebühren deckte nicht die notwendige Ausgabe des Gewerbevereins. Die Kapitalanlage von 48 850,70 Mark war möglich, weil eingenommen wurden für:

Zinsen	15 301,69 Mark
Verwaltung der Krankenkasse	23 480,13 "
Verwaltung der Sterbekasse	8 393,95 "
Porto vom Verband zurück	1 345,00 "
„Regulator“-Abonnem.	307,98 "
„Regulator“-Insertion	5 346,41 "
Kautionen	853,00 "
Sonstige Einnahmen	474,58 "
Außerordentliche Einnahmen 55 502,74 Mark.	

Von den außerordentlichen Einnahmen mußten also noch 6652,04 Mark zur Deckung der ordentlichen Ausgaben genommen werden. Die Passivaabrechnung für 1904 ergibt ein ebenso trauriges Bild, wie die Umschlüsse der Jahre 1901, 1902 und 1903. Der Vermögensstand des Gewerbevereins ist 501 858,51 Mark; der Vermögensstand von 1901 mit 508 335 Mark wurde also nicht wieder erreicht. Am schlechtesten empfinden die Arbeiter die ungenügenden Leistungen im wirtschaftlichen Kampfe, welche stets bedeutungslos waren trotz der gezeigten schlechten Resultate wegen es die Agitatoren des Gewerbevereins zu behaupten: „Der Gewerbeverein leistet mehr wie der Deutsche Metallarbeiterverband.“ Eine kühnere Behauptung ist nur die, daß die Gewerbevereine noch eine Zukunft haben sollen. Die Mehrzahl der Metallarbeiter ist klug genug, sich diesen absterbenden Organisationen nicht anzuschließen. Metallarbeiter, tretet daher ein in den gesunden und kampfsfähigen Metallarbeiterverband! Der Gewerbeverein kämpft gleich einem sinkenden Kaperdampfer, das eine Bandungsstelle nicht finden kann, mit dem Wogen der wirtschaftlichen Entwicklung um seine unsichere Existenz. Alle verzweifeltsten Anstrengungen der Mitglieder sind vergeblich. Der Gewerbeverein wird nach dem jetzigen Stillstand verschwinden. Unsere Propaganda wird die Auflösung erleichtern.

Gewerkschaftsbewegung.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. In der weitbekanntesten Herdabfabrik von Senting in Südwestchina legen sämtliche Herdmasturze die Arbeit nieder. Seit langer Zeit sind dort Vohrderegulierungen an der Tagesordnung. — Die Arbeiter der Drahtzieherei zu Schönforst bei Wachen in Firma Hugo Heusch u. Co. legen die Arbeit wegen Lohnrückstellungen nieder. Die Herren Unternehmer glauben, nicht nötig zu haben, auf die in den christlichen und Nichtchristlichen Verbänden organisierten Arbeiter irgendwelche Rücksicht zu nehmen zu brauchen. — Ein Streik ist in der Waffen- und Munitionsfabrik-Viktorsgesellschaft vormals Ludwig Böme, Berlin, ausgebrochen. In der Abteilung für Kugellagerbau legten fast 60 Dreher einmütig die Arbeit nieder. Den Grund zum Ausstand bildet die Entlassung zahlreicher Dreher, die als ungerechtfertigt angesehen wird. — Die Kesselschmiede zu werden vor der Maschinenfabrik Frankenthal ernstlich gewarnt. — Die Photographengehilfen Berlins bereiten eine Lohnbewegung vor, deren Ziel neben besserer Bezahlung die Durchsetzung eines längst erstrebten Tarifvertrags ist. — Die Handschuhmacher bei Gröber in Zwickau i. S. stehen wegen Ablehnung ihrer Forderungen im Lohnkampf. — Die Bauarbeiter in Berlin und den Vororten unterbreiten im Laufe dieser Woche dem Unternehmerverband einen neuen Lohnvertrag, der in allen Positionen Erhöhungen vorsieht. Begründet werden die Forderungen mit der Steigerung der Lebensmittelpreise und mit der drohenden Einführung des neuen Zolltarifs. Sollten die Forderungen nicht berücksichtigt werden, so steht ein allgemeiner Streik der Bauarbeiter Groß-Berlins in sicherer Aussicht. Die Speierer Maurermeister lehnen die geforderte Lohnforderung von 40 auf 45 Pfg. ab. — Die Steinsetzer in Berlin scheinen den Konflikt ohne Streik beilegen zu können. Die paritätische Schlichtungskommission, der Vertreter der Innungen von Berlin, Steglitz, Potsdam und Eberswalde, sowie die Gewerkschaften angehören, hat einen Tarifvertragsentwurf einstimmig angenommen, der nun zur Befestigung der Innungen und der Gesamtarbeiterchaft vorgelegt wird. Der Vertrag soll Geltung für Berlin und alle Orte im Umkreis von neun Meilen (zusammen etwa 400 Ortschaften) haben und jetzt Lohnhöhlungen von 6—25 Prozent fest. — Die Tischler in Badenwalde haben den Streik nach 25 wöchiger Dauer beendet.

Provinz und Umgegend.

Mischerleben, 25. Februar. (Stadtoberordneten-Sitzung.) Vor Eintritt in die Tagesordnung entspinnt sich darüber, ob der Antrag auf Aufhebung des Dienstvertrags der Lehrer und Lehrerinnen in der öffentlichen Sitzung verhandelt werden soll, eine ausgedehnte Diskussion. Bürgermeister Woldmann tritt für öffentliche Beratung ein. Hierdurch werde der Lehrerschaft gezeigt, daß ihre Interessen in der heutigen Zusammenkunft der Versammlung eine gerechte Vertretung fänden, was nun so mehr geeignet sei, bei bevorstehenden Stadtoberordnetenwahlen Vorkänge, wie sie bei den letzten Wahlen zutage traten, zu vermeiden. Im Prinzip sprachen sich die Stadtoberordneten Mabe, Abrecht, Straßburger, Greiner, Jahn, Kamberger, Werren und der Vorsitzende Besthorn für öffentliche Verhandlung aus. In geheimer Sitzung wird über den Antrag abgestimmt und mit 17 gegen 16 Stimmen die geheime Beratung angenommen. Dann wird zur Wahl des ersten Bürgermeisters geschritten. Der Wahlauschuss empfiehlt die Wiederwahl. Von 38 abgegebenen Stimmzetteln lauten 29 auf den Oberbürgermeister Michaelis, zwei sind unbeschrieben, zwei enthalten andere Namen. Das Gewerbegerichtsstatut wurde am 16. Dezember 1904 in einigen Punkten geändert. Dieser Nachtrag fand nicht die Zustimmung des Bezirksauschusses wegen § 29, die Wahl der Beisitzer betreffend. Die vorgeschlagene Änderung wird genehmigt. Die beiden Anträge „Ansetzung der Rehebezirke für Schornsteinfeger“ und „Anschaffung von Doppelhandländen nebst Verschraubungen und Kuppelungen“ werden debattelos angenommen. Die Kirchengemeinde St. Margareten bittet um die Bewilligung von dauernden Zuschüssen von a) 100 Mark für Jugendpflege, b) 160 Mark für Unterhaltung des Gemeindeparks, c) 160 Mark als Unterstützung für einen anzustellenden Hilfsprediger. Stadtv. Friede als Referent hält diese drei geforderten Beträge für nötig. Jugendpflege betreffend glaubt er den Nachweis dadurch zu erbringen, daß dieselbe in anderen Gemeinden bereits geübt werde. Stadtv. Greiner hält diese Jugendpflege für nicht so heilig, da für die weitere Ausbildung der Jugend auf dem Gebiete der Fortbildungsschule Genügendes geleistet werden könne. Bewilligt die Verwaltung die Mittel zur Bewilligung auf religiösem Gebiet, so soll sie sich der Einsicht nicht verschließen, wenn es wiederum gilt, Mittel zur Ausbildung auf volkswirtschaftlichem Gebiet zu bewilligen, z. B. Erziehung einer öffentlichen Lesehalle. Die Zuschüsse zu a) und b) werden bewilligt. Der Kirchenbauverein der St. Stephani-Gemeinde beabsichtigt in der Johannisvorstadt einen Verkauf zu erbauen, wozu die Stadtgemeinde 160 Kubikmeter Bruchsteine aus dem städtischen Steinbruch bewilligen soll. Die Bewilligung wird ausgesprochen. Die Beschlußfassung über die Bewilligung eines jährlichen Zuschusses an die Mischerleben-Menschen Kleinbahn in Höhe von 4000 Mark ergibt Ablehnung. Die über die Eine und den Mühlengraben führenden Brücken sollen, da dieser Weg jetzt für Fußverkehr erschlossen wird, einer Reparatur unterworfen werden. Der hierfür erforderliche Betrag von 301 Mark wird bewilligt. Die Annahme, daß diese Brücken von dem Besitzer der Wädernmühle zu unterhalten wären, wurde vom Oberbürgermeister Michaelis dahin aufgeführt, daß im Grundbuch ein Verzicht für den Genannten nicht vorhanden sei. Anlässlich der 100. Wiederkehr des Todestages Schillers soll eine Schillerfeier abgehalten werden. Nachdem werden einige Rechnungssachen, der Etat der Mittelschule in Einnahme und Ausgabe auf 43 705 Mark, der Etat der höheren Mädchenschule mit 36 723 Mark und der Etat der höheren Mädchenschule mit 46 766 Mark festgelegt. Stadtv. Greiner regt an, daß den Mitgliedern alle Vorlagen über die jeweilige Tagesordnung in ausführlicher Weise zugestellt werden, damit sich diese genügend informieren können. Der Vorsitzende Besthorn kann hierzu nur bemerken, daß die Vorlagen zwei Tage vor jeder Sitzung in der Registratur ausgelegt würden; ebenso würden die Vorlagen in einer am Abend vor der Sitzung stattfindenden Vorberberatung besprochen; es scheint ihm nach dem letzten Besuch, daß kein großes Interesse hierfür vorhanden sei.

In der nichtöffentlichen Sitzung wird bezüglich der Gehälter für Lehrer und Lehrerinnen beschlossen: Das Grundgehalt der Referenten und Lehrer wird um 100 Mark, das der Lehrerinnen um 50 Mark erhöht. Die Mietentschädigung für Referenten wird um 60 Mark, für Lehrer um 30 Mark, nach dem 15. Dienstjahr um 70 Mark aufbehalten, so daß dann die Mietentschädigung für Lehrer 400 Mark beträgt. Die Alterszulagen verbleiben in der bisherigen Höhe. — **Spein, 27. Februar.** (An die Parteigenossen und Leser der „Volksstimme“.) Genossen! Nach dem Parteitag und der Generalversammlung unseres Kreises ist es nun Zeit, daß wir Hand anlegen, um die gefassten Beschlüsse zur Durchführung zu bringen. Laut Parteiprogramm wird der als Parteigenosse angesehen, der die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt. Nun, Genossen, wer hat bei uns nach dem Programm gehandelt? Ein ganz kleiner Teil war es. Das kann nicht so weiter gehen; es muß und soll anders werden. Dem Volkswerein anzugehören, ist Pflicht eines jeden Parteigenossen. Es genügt nicht, wenn man sagt: Ich lese doch die „Volksstimme“. Nein, lieber Leser! Auch du wirst wissen, daß, wenn ein Kampf geführt werden soll, dazu Opfer-gehören. Wir wissen es sehr wohl, wie schwer es dem Arbeiter ist, von seinem geringen Einkommen noch etwas abzugeben. Wir wissen auch, daß unsere Partei aus den Armensten der Armen besteht. Wer, Genossen, wie viele sind noch Mitglied in zwei- und dreifachen Vereinen? Ist es nicht notwendiger, unsere Pfennige der Partei zu geben, unserer Partei, die alle

Tage für unser Interesse auf dem Kampffeld steht? Immer enger müssen wir uns zusammenschließen. Genossen, nicht mehr getrennt hinein in den Volksverein! Einen Kriegsfonds wollen wir sammeln, um bei der nächsten Reichstagswahl den jetzigen Vertreter des Kreises Wangleben aus dem Sattel zu heben. Auch er zählt zu denen, die vor einigen Tagen im Reichstag für die Handelsverträge gestimmt haben. Das Brot wird uns verteuert, unsere Existenz immer mehr erschwert, aber wir sollen nicht müßig! Wenn wir einmal einen Blick auf unsere Leistungen für die Bergarbeiter werfen, so finden wir, daß es seit langen Jahren nicht möglich war, soviel zusammenzubringen, daß der gute Geist, wie er sich schon früher zeigte, immer noch vorhanden ist. Sohlars denn, Genossen! Auf zum Kampf, zu neuem Ringen; meldet euch Mann für Mann dem Volksverein an. Anmeldungen nimmt Unterzeichneter jederzeit gern entgegen. Georg Döring.

Garbelegen, 27. Februar. (Das neue Driskain der Fortbildungsschule) beschäftigt auch die letzte Sitzung der Stadtoberordneten. Vornehmlich stritt man sich darum, ob in dem § 1, welcher in seinem Anfang lautet: „Alle gewerblichen Arbeiter (Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge und Fabrikarbeiter) die Aufnahme derjenigen, welche die kaufmännische Fortbildungsschule besuchen, sind verpflichtet, am Unterricht teilzunehmen“, die in Klammer stehenden Worte aufgenommen werden sollten oder nicht. Mit großer Mehrheit wurde beschloßen, den Paragraphen mit der Einschaltung anzunehmen. Der Beschluß ist nur zu begrüßen. Nicht durch ihn doch die Schulpflicht auf einen größeren Kreis jugendlicher Personen ausgedehnt. Bei den schlechten Volksschulverhältnissen kann es nur Bedrückung erwecken, wenn möglich vielen Personen die Gelegenheit zur Weiterbildung gegeben wird.

Halberstadt, 26. Februar. (Volksvorstellung.) Mittwochabend findet im Neuen Stadtheater die Volksvorstellung statt, in welcher „Peter Lampe“ von Emil Masenow zur Aufführung gelangt. Da die Veranstaltung zum hiesigen Kartell veranlaßt ist, so kann man wohl auf zahlreichen Besuch rechnen. Die Plätze selbst werden durch das Loß angewiesen.

Leburg, 27. Februar. (Ein schweres Unglück.) Falls geriet der etwa vierzigjährige Arbeiter Dadmann beim Dreschen in die Dreschmaschine, wobei ihm ein Fuß weggerissen wurde. Um den Verunglückten zu befreien, mußte erst die Maschine auseinandergenommen werden. Auf dem Transport in ein Krankenhaus in Magdeburg ist der Verunglückte seinen schweren Verletzungen erlegen. Er hinterläßt eine Frau mit drei unmündigen Kindern.

Schönebeck, 27. Februar. (Der Nutzen der Rabatt-Sparvereine.) Der in Nr. 47 in Sicht gemeldete neue Rabatt-Sparverein hat sich konstituiert und segelt unter der Flagge „Rabatt-Sparvereinigung Schönebeck a. S. und Umgegend“ mit großer Heftigkeit in das öffentliche Leben hinein. Er verspricht eine Prämie demjenigen, der 15 „verlebte Rabatt-Sparbücher“ abliefern. Aus der Annonce ist nicht ersichtlich, ob nur der erste Ablieferer diese Prämie erhält, oder ob die Prämie fortlaufend gegeben wird. — Armes Publikum von Schönebeck und Umgegend, wie bist du zu bedauern! Nicht nur die Rabattmarken müßt du doppelt bezahlen, sondern du müßt auch dazu dein Scherflein beitragen, daß jemand eine Prämie im Werte von 350 Mark erhält. Gößen wir dem ganzen Rabattwesen auf den Grund, und betrachten wir uns den in Nr. 47 des „Tageblatt“ unter der Spitzmarke „Rabatt-Sparverein“ stehenden Artikel etwas genauer. Wir finden darin, daß der Verein 103 Mitglieder bei Jahresabschluss hatte — jetzt sind es 60 mehr — und finden weiter, daß von den Mitgliedern für 430 000 Mark Ware umgesetzt ist. Verteilen wir nun diesen Umsatz auf rund 100 Mitglieder, so finden wir, daß jeder Geschäftsmann durchschnittlich 4300 Mark umgesetzt hat. Ladenmiete usw. wollen wir nur 1200—1300 Mark rechnen, die ein Geschäftsmann rechnen muß, wenn er wie ein besser bezahlter Arbeiter leben will, so ist leicht festzustellen, daß der Geschäftsmann mit 23—30 Prozent Nettogewinn rechnen muß. Aber damit kommt er noch nicht auskommen, wenn er 5 Prozent Rabatt und schließlich noch eine Prämie von 350 Mark geben will. Er muß sich entweder die Ware teurer bezahlen lassen, oder minderwertige Ware anschaffen, oder er muß heides tun, um sein Leben zu fristen. Aber damit ist der Geschäftsmann noch nicht zufrieden, daß er sein Leben fristen kann, er will auch mit Hilfe des dummen Publikums noch so und soviel zurücklegen, damit er in 10—15 Jahren sich als Rentier zur Ruhe setzen kann. Ihr Eindwöhner von Schönebeck und Umgegend, laßt euch also nicht leicht wieder schürpfen! Im übrigen läßt sich mit der Prämie auch noch ein Geschäftchen machen. Kauft jemand die vollgeklebten Bücher auf und zahlt anstatt 5 Prozent an die Sammler 3 Prozent, so hat er für 15 Bücher im ganzen 90 Mark bezahlt und erhält dafür die Prämie im Werte von 350 Mark. Auch diese Anekdote wird den endlichen Untergang des Rabattwesens nicht aufhalten.

Vergleichen wir nun mit diesen Verzinsen den Konsumverein „Wiene“, so finden wir, daß der Konsumverein ungefähr den gleichen Umsatz im Laufe eines Jahres hat. Zu diesem Umsatz wird aber nur 8 Lagerhalter notwendig, während beim Rabattverein 103 Geschäftslente zu erhalten sind. Im Konsumverein kommt der Lagerhalter den Mitgliedern zugute, und im Rabatt-Sparverein werden die Geschäftslente den Mitgl. allein in die Tasche. Deshalb ist es Pflicht eines jeden arbeitsfähigen Konsumverein „Wiene“ anzuschließen.

Schönebeck, 27. Februar. (Die bösen Arbeiter.) Die Brut einzelner Unternehmer des Baugewerbes in Schönebeck über die fützlich ausgesprochene Absicht der Maurer und Zimmerer, auf einen Minimallohn hinzuwirken, freuet sich immer mehr. Ein durch frühere Maßregeln reichlich bekannter Maurermeister versucht es schon seit längerer Zeit, sich den traurigen Ruhm zu erwerben, den Vorsitzenden der Fittale des Zimmererverbandes bei seinem Meister in Mißkredit zu bringen. Hat er sich doch sogar kürzlich in einer öffentlichen Kneipe hinreißend lassen, zu erklären, er könne es nicht begreifen, wie der betreffende Meister solch einen Menschen beschäftigen kann, der offenbar der Anführer der Motte und der schuldige Teil ist. Glaubt denn vielleicht der Herr Maurermeister, dadurch die moderne Arbeiterbewegung zu erschüttern, wenn er die Existenz eines zufällig an der Spitze der Bewegung stehenden Arbeiters zu untergraben sucht? Für so dumm halten wir ihn denn doch nicht. Das Recht, sich zu organisieren, haben doch gleich den Unternehmern auch die Arbeiter, und meint der Herr Maurermeister, es sei mit dem Koalitionsrecht auch so, daß, wenn zwei dasselbe tun, es nicht dasselbe ist? Im übrigen können die Angehörigen des Baugewerbes aus diesem Vorgang erkennen, wie notwendig ein fester und enger Zusammenschluß aller in der Branche beschäftigten Personen ist. Nur dadurch ist es möglich, dem Terrorismus der Unternehmer die Spitze zu bieten. Hoffen wir, daß bei allen zukünftigen Lohnbewegungen alle für einen und einer für alle stehen.

Staßfurt, 27. Februar. (Stadtoberordneten-Sitzung.) Am Dienstag findet schon wieder eine Sitzung der Stadtoberordneten-Verammlung statt. Die Hauptberatungsgegenstände sind die Haushaltspläne pro 1905 und die Vorlage des Magistrats betreffend die Angebrachnahme des am Teufelskähberg erschlossenen Grundwassers. In dem darauf gespannt sein, ob die Herren Stadtoberordneten der geforderten Erhöhung der Steuerumlage auf 155 bzw. 200 Prozent zustimmen oder auf weitere Ersparnisse dringen werden. Viele Bürger meinen, daß mit dem Fortfall des Polizeiwachmeisterpostens dem Sparbedürfnis nicht genügt sei. Vor zehn Jahren sei man mit einer Gesamtausgabe von 388 110 Mark ausgekommen, der neue Etat verlange 501 000 Mark. Damals haben 13 321 Mark Zinsen gezahlt werden müssen, jetzt nur noch 1924 Mark. Die Verwaltungskosten seien geteigert von 69 915 Mark auf 93 137 Mark. So findet man Anlaß, aber die wachsende Verschuldung anzuführen zu sein und meint, gerade deshalb, weil die Ausgaben sonst überall gekürzt werden, sei besondere Sparsamkeit an der Stelle, wo es angeht, dringender geboten.

erwartenden Lebensmacht der Japaner langsam zurückzugehen. Die Berichte besonders an Offizieren seien sehr bedeutend. —

Sb. Tokio, 27. Februar. Alle Blätter sind darin einig, daß die Friedensgerichte nicht ernst zu nehmen sind. Die japanische Zeitung „Kotomun“ sagt, daß die Friedensgerichte nicht dem Wünsche Ostlands nach Frieden, sondern demjenigen der neutralen Mächte entspringen. Japan werde nicht früher Frieden schließen als bis der Zweck des Krieges vollständig erreicht sei. —

Aus der Parteibewegung.

Die Wahrung des Briefgeheimnisses durch die Post spielte eine Hauptrolle in dem Prozeß gegen den Genossen Lange von der „Leipziger Volkszeitung“, über dessen Ausgang wir bereits in unserer letzten Nummer berichteten. In ihrer Nummer vom 8. September vorigen Jahres hatte die „Leipziger Volkszeitung“ einen Artikel veröffentlicht, in dem es u. a. heißt: Während in der Stepanhanschen Verwaltung das Ausland zu Tarifreformen veranlaßt, sei es jetzt umgekehrt, jetzt müsse Deutschland vom Auslande zu den allerbedingtesten Neureichungen gleichsam gezwungen werden. Wenn man die innere Verwaltung nach russischen Muster handhabt, verbieten sich auch nach außen hin alle Reformen von selbst. Unter diesen Umständen könne man es nicht ohne weiteres als Schwindel bezeichnen, wenn ein Prediger, Dr. Walffisch, in einem in der „Welt am Montag“ veröffentlichten Briefe die Behauptung aufstelle, daß ihm für seine sozialistischen Korrespondenz Herr Rittke Postfreiheit zugesichert habe. Die Postfreiheit sei zwar gesetzlich festgelegt, aber das Briefgeheimnis sei ja ebenfalls gesetzlich festgelegt, und trotzdem nehme man es damit nicht so genau, wenn es sich um ein sozialistisches Unternehmen handle, wie u. a. auch die Verhandlungen im Königsberger Hochverratsprozeß gezeigt haben.

Bei der Beweisnahme wurde zunächst die Affäre des Dr. von Weischeloff erörtert, dessen Briefkasten, wie bekannt, erbrochen und in dessen Abwesenheit russische Polizeiagenten, an der Spitze der Polizeipionier Wels, Briefschaften und Postjahren Weischeloffs teils durchsucht, teils gelöhnt hatten. Ferner, daß der Spiegel Wels mit Postbeamten und Briefträgern regen Verkehr unterhalte, wie überhaupt händiger Gast auf den Postämtern gewesen.

Als Zeuge wurde zunächst Oberpostinspektor Fischer vernommen, der erklärte, er sei damals von seiner vorgelegten Behörde beauftragt worden, Untersuchungen anzustellen, ob in diesem Falle das Briefgeheimnis verletzt worden. Es habe sich aber nichts feststellen lassen, was die Anschuldbildung gerechtfertigt habe; die betreffenden Beamten habe er aus strengster Verhütung und nichts Belastendes habe sich ermitteln lassen.

Dr. Diebnecht, als Zeuge befragt, ob er persönliche Wahrnehmungen gemacht habe über Verletzung des Briefgeheimnisses, erwidert, daß dies zwar nicht der Fall, aber aus dem Aktenmaterial des Königsberger Prozesses gehe hervor, daß eine Anzahl Fälle bekannt geworden, wo das Amtsgeheimnis nicht gewahrt worden sei. Der Zeuge zitiert nun aus den Akten die schon aus jenem Prozeß bekannte gewordenen Tatsachen der Konfiskation von aus dem Auslande gekommenen Postsendungen und von Auskunftserteilungen der Postämter an die Polizei. Das Hauptverurteilte habe dem Untersuchungsrichter bereitwillig Auskunft gegeben und ihn auf das Postamt 4 in Charlottenburg verwiesen, das die verlangte Auskunft erteilt habe. Eine Verletzung des Briefgeheimnisses sei selbstverständlich auch schon die Bekanntgabe von Adressen durch die Post an andre Personen.

Darauf erwiderte Oberpostinspektor Fischer: Briefe vom Auslande würden den Postämtern zugeführt. Wenn die Postbehörde die Sendungen übermittle, habe die Postbehörde keinen Einfluß.

Dr. Diebnecht äußert sich hierauf noch eingehend über die Affäre des Dr. Weischeloff, namentlich über zwei Telegramme, deren Inhalt nur infolge von Indiskretionen von Postbeamten zur Kenntnis des Spiegels Wels gekommen sein könne, was Dr. Weischeloff ausdrücklich festgestellt habe, und bewiesen sei auch, daß sich der genannte Spiegel ständig auf dem Postamt in Hemsdorf aufgehalten habe. Uebrigens sei ermittelt worden, daß Wels bei seinem Abschied einem Postbeamten Geld in die Hand gedrückt habe.

Oberpostinspektor Fischer bezeichnet die Angaben Diebnechts über die beiden Telegramme als unzutreffend. Es bestehe keinerlei Verkehr zwischen Postbeamten und Polizeipionieren, gibt aber zu, daß Wels öfter auf dem Postamt in Hemsdorf verkehrt sei, und daß der eine Beamte von Wels Geld erhalten, es seien aber nur 15 Pfennig Erlaubnis gewesen. Die Verletzung des Briefgeheimnisses sei nicht wegen Verletzung erfolgt, das sie in den Zeitungen falsch dargestellt worden.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft führte in seinem Plaidoyer als strafschwerend die Tendenz der „Volkszeitung“ ins Feld und fand hierfür großes Verhängnis bei den Richtern, die ebenfalls das erkannte hohe Strafmaß auf die Neigung zu Verleumdungen durch die sozialdemokratische Presse begründeten. Die Inhaftierung des Genossen Lange erfolgte, weil es dem Beurteilten ein leichtes sei, ins Ausland zu entkommen und von dort aus für seine Familie zu sorgen und für die Partei weiter zu wirken.

Das ist eine sehr merkwürdige Begründung. Bisher haben sozialdemokratische Redakteure ihre Strafen immer verbüßt und Genossen Lange wird es gleichfalls tun, wenn das Reichsgericht das Urteil, das von ungewöhnlicher Härte ist, bestätigt. Uebrigens wurde der Beurteilte gestern gegen eine Kaution von 10 000 Mark auf freien Fuß gesetzt. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 27. Februar 1905.

— Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am Donnerstag zur üblichen Zeit im Rathaus statt. Die Tagesordnung ist ziemlich umfangreich, verspricht aber keine interessanten Debatten. Zuerst soll die Wahl eines unbesoldeten Stadtrats vorgenommen werden, dann werden kleinere Vorlagen erledigt, die sich mit Pflasterungen, Ueberführungen, Kanalisierungen, Legung von Gas- und Wasserleitungen und dergleichen mehr beschäftigen. Außerdem wird über eine Anzahl Haushaltspläne beschlossen werden. Sollte die Tagesordnung am Donnerstag nicht erledigt werden, so ist eine Fortsetzung der Sitzung am Freitag geplant. —

— Kontrollmarken zum Abheben von Sparguthaben. Bei der Beratung des Haushaltsplanes der Sparkasse für das Jahr 1905 im Dezember v. J. wurde der Magistrat ersucht, in Bremen und bei den Städten, welche die Einrichtung der Legitimationsmarken für den Abheber eines Sparbetrages getroffen haben, anzufordern, welche Resultate beziehungsweise welche Vorteile das Verfahren gezeigt habe und wie viele Verzurenungen trotz dieser Maßregel vorgekommen seien. Diesem Ansuchen ist der Magistrat nachgekommen; er hat auch die Antwort erhalten, daß man da, wo die Kontrollmarken eingeführt sind, mit dem Resultat zufrieden ist. Das System hat aber Nachteile, wie den Magistrat veranlassen, die Einführung der Kontrollmarke abzulehnen. —

— Konferenz der Vorsitzenden der Gesellenvereine bei den Handwerkskammern. Allein nur den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern ist es zu verdanken, daß nach und nach auch für die bei den Innungsmeistern beschäftigten Gesellen und Lehrlinge bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Das zeigte sich wieder einmal so recht deutlich bei der Konferenz der Gesellenvereine, die am Sonntag bei Tiering, Tischlerstraße, tagte. Eröffnet wurde

Delegierte von Braunschweig, Braunschweig, Weiskopf (Halle), Erfurt, Hildesheim und Hannover.

Um 12 1/2 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Kollege Herwig, die Konferenz. Auf der Tagesordnung stand: 1. Stellung der Gesellenvereine zur Errichtung einer Einigungs- und Ausschüsse des hiesigen Innungsausschusses. Referent: Kollege Weiskopf. 2. Die Rechte der Gesellenvereine bei den Innungen und den Handwerkskammern. Referent: Kollege Herwig. 3. Das Lehrlings- und das Fortbildungsschulwesen. Referent: Kollege Weiskopf. 4. Gründung einer Organisation der Gesellenvereine. Referent: Kollege Weiskopf.

Die hiesige Handwerkskammer hat beschlossen, ein Einigungsamt zu errichten. Dagegen müssen sich die Gesellenvereine ganz entschieden wehren. Innungsschiedsgerichte sind nicht ins Auge gefaßt, das Rechtsbedürfnis der Parteien zu befriedigen. Der Vorsitzende kann nicht objektiv urteilen, weil er gewissermaßen parteiisch ist. Dabei zeichnen sich diese Leute noch durch eine geradezu verblüffende Gefühlsuntrennung aus. Es werden zuweilen Urteile gefällt, die auf den größten Rechtsrücktritt hinlaufen. Die Verschleppung von Prozessen ist hier an der Tagesordnung. Derartige Einrichtungen haben für die Arbeiter nur platonischen Wert, wenn man berücksichtigt, daß Lohnfragen im Grunde genommen doch nur Machtfragen sind. Die Handwerksmeister lassen sich nur sehr ungern vor das Gewerbegericht zitieren, weil sie wissen, daß hier juristisch vorgebildete und objektiv urteilende Personen die Verhandlungen leiten. Die Gesellenvereine haben alle Ursache, gegen die Errichtung der Einigungsämter zu stimmen.

Ritterich, Weiskopf und Roland-Braunschweig erklären sich mit dem Referenten einverstanden, die üblichen Erfahrungen, die sie gemacht haben, veranlassen sie, eine solche Stellung einzunehmen. Einige Mitglieder von Magdeburger Gesellenvereinen bringen zur Sprache, daß drei Ausschüsse bereits dafür gestimmt hätten. Mahkopf, Hannover glaubt dies auf die schlechte Organisation zurückführen zu müssen. Weiskopf erklärt jedoch, daß die Innungsgesellen verhältnismäßig gut organisiert sind. Er weist ferner darauf hin, daß die Abstimmung nicht gültig sein kann, wenn man in Erwägung zieht, unter welchen Umständen sie erfolgt ist. Herwig verlangt von den Gewerkschaften, daß sie sich mehr wie bisher um die Gesellenvereine kümmern, aber auch diese selbst müssen sich mit ihren Gewerkschaftsleitern oder dem Gewerkschaftssekretär in Verbindung setzen und nicht immer selbstständig handeln, besonders bei so wichtigen Fragen.

Zum 2. Punkt bringt Kollege Herwig eine Resolution ein, die er in sachlicher Weise begründet. (Die Resolution selbst, sowie ihre ausführliche Begründung, wird ihrer Wichtigkeit wegen in einem besonderen Artikel veröffentlicht werden. Anm. d. B.) In der Hauptsache handelt es sich darum, eine Aenderung bestimmter Gesetzesparagrafen herbeizuführen, die die Rechte der Gesellenvereine erheblich beeinträchtigen. Nach Beendigung des Referats tritt die Mittagspause ein.

Bei der Wiedereröffnung um 3 1/2 Uhr wird das Referat zur Diskussion gestellt. Kuz-Braunschweig berichtet einige Zeit, seine Meinung nach dem Referenten unterlaufen seien. Roland vertritt die Ansicht, daß vor allen Dingen danach getrebt werden muß, aus den Bestimmungen des Handwerksgesetzes den größtmöglichen Nutzen für die Arbeiter herauszugeben. Es muß verhindert werden, daß Innungsmeister ihre Gesellen, die sich in ihrer Eigenschaft als Ausschussmitglieder mißlieblich gemacht haben, aus dem Ausschuss entfernen können, dadurch, daß sie dieselben entlassen.

Mahkopf, Hannover ist der Meinung, daß einheitliche Normen geschaffen werden müssen, nach denen sich die Gesellenvereine richten können. Herwig betont, daß durch die Gesetzgebung den Ausschüssen mehr Rechte gewährt werden sollen und nicht, daß sie wie bisher zur Untätigkeit verdammt werden. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Ueber das Lehrlings- und Fortbildungsschulwesen spricht namentlich Kollege Roland-Braunschweig: Es gibt sicher keine Arbeiterkategorie, die mehr ausgebildet wird als die Lehrlinge. Die Lehrlinge bleiben sich häufig selbst überlassen. Es ist vorgekommen, daß ein Lehrling als Prüfungsskud eine Arbeit vorgelegt hat, die schon das Prüfungsskud seines Vorgängers war. Gerade die jungen Leute, die von gewissenlosen Meistern ausgebeutet wurden, sind es, die zum Lohnbruder und nicht selten sogar zum Streikbrecher werden. Sie bilden eine fähige Gefahr für die ganze Arbeiterchaft. Sehr häufig werden die Lehrlinge nur als Hilfskräfte benutzt oder sie müssen das Küchenmädchen ersehen. Meiner Ansicht nach beachtenswerte staatsliche Erhebungen, die amtlichen Charakter tragen. Hierbei schneiden die Bauhofsler am schlechtesten ab. Infolge der kolossalen Mißwirtschaft auf diesem Gebiete vermehrt sich in bestimmten Perioden die Zahl der gelernten Arbeiter um das Dreifache. Das Statistische Amt hat nachgewiesen, daß 90 000 Lehrlinge zu viel ausgebildet werden, 75 000 werden als nicht genügend ausgebildete Arbeiter in die Welt geschickt. 30 Prozent aller Lehrlinge werden nur als Hilfsarbeiter verwendet, bei den Schloßern sogar 65 Prozent. In Süddeutschland dürfen Meister ohne besondere Erlaubnis nicht mehr als vier, in Karlsruhe nicht mehr als drei Lehrlinge beschäftigen. Dort besteht auch die Bestimmung, daß Lehrlinge als Hilfsarbeiter nicht Verwendung finden dürfen.

Der Unterricht in den Fortbildungsschulen soll eine Ergänzung des Volksschulunterrichts sein. Die Fortbildungsschüler sind oft nicht in der Lage, einfache Raumberechnungen auszuführen. Patriotische Gedanklage und ähnliche überflüssige Sachen bilden häufig einen Bestandteil des Lehrstoffes. Wir fordern: 1. Die Fortbildungsschulen dürfen keine Wiederholungsschulen sein. 2. Schulzwang. 3. Der Unterricht ist in die Arbeitsstunden zu verlegen, wenn möglich in die Vormittagsstunden. 4. Erteilung des sachlichen Unterrichts durch entsprechend ausgebildete Lehrer. 5. Befreiung von Schulgeld. Auch hier hat Süddeutschland schon mehr geleistet wie Preußen. An erster Stelle steht wohl Amerika, wo der theoretische Unterricht mit dem praktischen Hand in Hand geht. Aber in Preußen gilt ja immer noch das Wort: Die hämmerten Arbeiter sind die besten.

Die Diskussionen führten sehr frische Fälle an, so u. a., daß in einer Mechaniker-Werkstatt 23 Lehrlinge ohne einen Gehilfen beschäftigt werden. Kuz meint, es müßte gesetzlich festgelegt werden, daß die Lehrzeit 4 Jahre nicht übersteigen darf. Mahkopf weiß mitzuteilen, daß man an maßgebenden Stellen mit der Beschränkung der Lehrzeit nicht einverstanden ist.

Der wichtigste Punkt ist der vierte, er ist eigentlich die Ursache der Zusammenkunft. Kollege Herwig weist darauf hin, wie schwierig es ist, ohne genauen Zusammenhang der einzelnen Gesellenvereine sämtlicher Handwerkskammern auszubringen zu arbeiten. Er beantragt, daß eine Organisation sämtlicher Gesellenvereine, die an den Handwerkskammern vertreten sind, geschaffen wird, daß ferner ein Organ herausgegeben wird, wodurch alle Fragen von einheitlichen Gesichtspunkten aus geregelt werden können, daß weiter wissenschaftlich gebildete Männer herangezogen werden, die mit der einschlägigen Materie gründlich vertraut sind und sie bearbeiten können und daß endlich an die Generalkommission herangezogen werden soll, zwecks besserer Unter- stützung.

Von einzelnen Rednern wird gewünscht, daß die Gesellenvereine von zwei Handwerkskammern die nötigen Korrespondenzen in die Hand nehmen sollen. Bestimmt werden Braunschweig und Magdeburg. Eine im Sinne Herwigs formulierte Resolution wird einstimmig angenommen.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten erfolgt kurz vor 6 Uhr Schluß der Konferenz. —

— Eine zweite Mittelstandsvereinigung soll hier in Magdeburg in der Bildung begriffen sein. Es sind nach den Mitteilungen des hiesigen Antisemitenblatts zumeist Handwerkerfreie, welche von der aus Kaufleuten bestehenden alten Mittelstandsvereinigung nichts wissen wollen. Die Einigung der Mittelstandsleute macht also in Magdeburg Fortschritte. Eine Wahlvereinigung für den Mittelstand haben wir schon, die der deutschen Mittelstandsvereinigung angeschlossen ist, dazu kommt die neue Mittelstandsvereinigung der Wirtschaftler. Es sind auch ähnliche Organisationen,

die sich alle bei der Rettung des Mittelstandes betätigen. Die „Hilfskretzer“ kann es diesen ja an nichts mehr fehlen. —

— Zu unserm letzten Gewerbegerichtsbericht schreibt uns Herr Wegler, der Ortsbeamte der Hirsch-Au-Industrie-Gewerbevereine, zur Sache Hempel gegen Kaufmann: Hempel wendete sich Dienstags früh. Mittwoch erscheint in „General-Anzeiger“ eine Annonce, worin Kaufmann einen Heizer sucht. Hempel las die Annonce, und ging, um die Stellung nicht zu verlieren, zu Kaufmann und sagte, daß er am anderen Tage wieder arbeiten wolle, nur um die Stelle nicht zu verlieren, da er eine große Familie zu ernähren habe. Hempel sagte ihm nun Kaufmann, daß er entlassen sei, kranke Leute könne er nicht gebrauchen. Auf die Vorhaltung des Hempel, daß dies nicht berechtigt sei, entgegnete Kaufmann, ich zahle Ihnen für diese Woche den Lohn aus, weiter habe ich mit Ihnen nichts zu schaffen. Als Hempel daran erinnerte, daß vierzehntägige Kündigungsfrist bestünde, wurde ihm bedeutet, er solle sich raus scheren. Hierauf klagte Hempel. Im Termin wollte der Vertreter des Lohn für die gezeigten Tage in Anrechnung bringen und ihm nach Abzug des Krankengeldes noch 8 Mark auszahlen. Hiergegen verwahrte ich mich und bemerkte, daß der bereits gezahlte Lohn nicht in Abzug gebracht werden könnte, erstens aus dem Grunde, da vereinbart war, daß nur an einem Sonntage gefündigt werden dürfe, zum zweiten man dem Hempel die Invalidentaxe erst am Freitag zu gestellt habe. Ich verlangte mithin für zwei Wochen Lohn, von dem allerdings das erhaltene Krankengeld von 21 Mark abging, somit nicht 8 Mark, sondern 21 Mark von Kaufmann zu zahlen sei. Beklagter bestritt, daß eine Kündigungsfrist bestände, er somit im Rechte sei. Als ich ihm hierüber den Eid zuschob, bequemte man sich zur Anerkennung der Forderung von 21 Mark.

In Ihrem Bericht konnte man den Sachverhalt anders auf- fassen und Urtheil über die gesetzlichen Bestimmungen meinerseits herausfinden. Karl Wegler.

— Berichtung. Zu dem Bericht über die Berliner Gerichts- verhandlung in Nr. 48 der „Korrespondenz“, die sich mit dem „deutschen Redakteurtag“ in Magdeburg beschäftigte, erhalten wir von Herrn Dr. jur. Richard Wrede, dem Vorsitzenden des Vereins deutscher Redakteure, folgende Berichtigung:

1. Es ist nicht richtig, daß der „Verein Deutscher Redakteure eine aus wenig Mitgliedern bestehende Organisation ist, richtig ist vielmehr, daß dem „Verein Deutscher Redakteure“ gegen 400 Mit- glieder angehören, und daß er von den deutschen Fachvereinen die meisten Redakteure als Mitglieder aufzuweisen hat.

2. Es ist nicht richtig, daß an dem Redakteurtag nur 30 bis 40 Herren teilnahmen, richtig ist vielmehr, daß gegen 100 Teilnehmer anwesend waren.

3. Es ist nicht richtig, daß ein Referat verlangt hat, es solle den Redakteuren von tantiemefreien Stücken 1 Prozent zugewendet werden oder daß von der Verlegung wöchentlich 0,20 Mk. für eine Unterhaltungsstasse gezahlt werden sollten, richtig ist vielmehr, daß einerseits Dr. Bagel, als Vertreter der deutsch-österreichischen Schriftsteller- genossenschaft, bei dieser Diskussion erwähnte, daß in Wien die Theater tatsächlich von tantiemefreien Stücken 1 Prozent an Schrift- stellerarbeiten abführten, andererseits auch ein Diskussionsredner auf die Möglichkeit einer staatlichen Versicherung für Redakteure hinwies. —

— Aus der Meißner Industrie. Der Meister Bogler bei der Firma Otto Graun scheint den schärfsten Wunsch zu haben, seine Leute in einen Konflikt zu treiben. Anders ist die Hand- lungswelt nicht zu erklären, daß er jetzt die an dem Tag arbeitenden Leute entläßt. Dieselben müßten für ein verhältnismäßig hohes Geld, für welches der Former 75 Pfg. Arbeitslohn bekommt, 3 Mark Strafe zahlen. Die Strafen waren bei einzelnen bis auf 27 Mark angewachsen. Dagegen nahmen diese Stellung in einer Werkstattpredmung, und die Folge ist, daß einer nach dem andern von Meister Bogler auf die Straße gesetzt werden soll. Zwei sind schon entlassen. Wir sind un- glerig, ob die Betriebsleitung eine solche unverantwortliche Handlung ihres Beamten, welche die schwersten Folgen haben kann, gutheißt, um so mehr, als B. gar keinen Zweifel läßt, daß die Entlassungen eine Folge der Besprechungen sind. —

— Verhafteter Heiratsschwindler. Der Kaufmann Otto Barthelmes aus Schmöder wurde festgenommen, weil er im November v. J. einer Frau, bei der er hier wohnte, einen Brillantring kostl. ihn verpfändete und den Pfandschein verkaufte. Ferner hat er im November und Dezember mit mehreren jungen Mädchen und Witwen unter der falschen Angabe, er sei Witwer und Magistratsbeamter, Liebesverhältnisse angeknüpft, ihnen Geldbeträge von 48 bis 500 Mark abgeschwindelt oder solche abzuschwindeln versucht. Schließ- lich ist er verdächtig, verschiedene Gastwirte und andre Personen ge- prellt zu haben. Alle durch ihn Geschädigten werden ersucht, sich un- gehend bei der Kriminalpolizei zu melden. —

— Von der Feuerwehre. Ein Gardinen- und Fensterbrand entstand Sonnabend nacht 12 1/2 Uhr in den oberen Räumen des „Belvedere“ auf dem Fürkenwall. Beim Eintreffen der Feuerwehre war die Gefahr beseitigt. —

— Zirkus Henry. Wir erinnern daran, daß morgen abend die Gala-Premiere des Zirkus Henry stattfinden wird. Mittwoch nachmittag 4 Uhr wird die erste Familien-Matinee stattfinden und am Abend die erste Hightize. Billets sind schon zu haben (siehe Annonce). —

Meine Chronik.

Aus der „besseren“ Gesellschaft.

In dem sensationellen Betrugsprozeß gegen den Freiherren v. Grabow wurde nach vier tägiger Verhandlung Sonnabend mittag von der Strafkammer in Dresden das Urteil gefällt. Der Haupt- angeklagte Freiherr von Grabow wurde zu fünf Jahren Ge- fängnis verurteilt. Der Mitangeklagte Hildebrand wurde wegen Betrugs und Untreue zu sieben Jahren Gefängnis verur- teilt. Ferner wurden beiden Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt. Je ein Jahr der Untreueverurtheilte wurde angerechnet. Die Angeklagten Pfleger und Schreiber wurden wegen Hehls zum Betrüge zu je zehn Monaten Gefängnis und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre verurteilt. —

Ein Bruderweh.

In Schwabach bei Erier wurde ein trunksüchtiger Arbeiter, der seine Mutter mißhandelte, von seinem hiesigen Kommunisten Bruder erschossen. —

Die Unglücksfälle beim Bau des Simons-Tunnels. Auf der Südbahn war die Gesamtzahl aller Tote während der Bauzeit 15. Die Zahl der Tote auf der Nordseite betrug im ganzen 24. Schwerere Verletzungen kamen auf der Nordseite im ganzen 133 vor.

Starke Schneefälle.

Zu Eiroi schneit es seit 48 Stunden ununterbrochen. Der Schnee liegt bereits mehrere Meter hoch. Viele Ortschaften sind von jedem Verkehr abgeschnitten. Im südlichen Alpengebiet bis Udine sind starke Schneefälle niedergegangen, die Verkehrsdränge und Lawinenstürze verursacht haben. Bei Cappada in den Benetianer Dolomiten wurden dadurch zwei Menschen getötet.

Verhafteter Reserveoffizier.

Die Polizei in Antwerpen verhaftete den deutschen Reserve- offizier vom 137. Infanterie-Regiment Alermann, der beschuldigt wird, bedeutende Geldunterstützungen und Geldschenkungen begangen zu haben. Außerdem führte seit einiger Zeit in Antwerpen ein rothes Leben und unterhielt gute Beziehungen zu dem Chef der Sicherheitspolizei. —

Große Feuerbrunst.

In Hot Springs in Arkansas brach eine verheerende Feuer- brand aus. 100 Geschäftshäuser und 200 Wohnhäuser brannten nieder. 25 Menschen sollen in ungetroffen sein. Der Schaden wird auf 1 1/2 Millionen Dollar geschätzt. Mehrere tausend Einwohner sind ohne Obdach. —

Ein unerbittlicher Rechtsanwalt.
 Rechtsanwalt Otto Poppenbeck zu Wolfenbüttel ist nach Unterschlagung bedeutender Gelder flüchtig geworden. Als glückliche Lebensweise hat den Rechtsanwalt, der eine elegante Kutsche, Pferde, Wagen und Automobil besaß, zu den Unerbittlichen geführt.

Letzte Nachrichten.

Sd. Berlin, 27. Februar. Der deutsch-russische Handelsvertrag ist vom Jaren ratifiziert worden. Der Austausch der Ratifikationen erfolgt am 28. d. M.
 Sd. Florenz, 27. Februar. Die Gräfin Montignoso beauftragte ihre Rechtsanwältin mit der Einreichung der Klage

gegen den sächsischen Hof und Herausgabe resp. Sicherstellung ihres bis heute nicht zur Rückgabe gelangten Geiratsgutes. Die Klage wird bei dem zuständigen Dresdener Landgericht eingereicht.
 Sd. Bern, 27. Februar. Laut dem Geschäftsbericht des schweizerischen Bundesrats schweben Verhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz betreffend Ausdehnung der Rhein-Schiffahrt zwischen Basel und Straßburg. In den Handelsvertrags-Verhandlungen kam diese Angelegenheit zur Sprache. Dem deutschen Auswärtigen Amt wird die Einberufung einer Konferenz vorgeschlagen werden zur Weiterberatung der Frage.
 Sd. Rom, 27. Februar. Die Obstruktion der Eisenbahnern begann gestern auf dem hiesigen Zentralbahnhof. Die

Beisehersteller verhindern gemäß der Bahngesetzgebung 20 Minuten vor Ankunft eines Zuges jedes Rangier-Manöver auf der Strecke. Durch genaue Beobachtung der Verfügungen der noch heute gültigen Bahngesetzgebung vom Jahre 1842 wird die Ankunft und Abfahrt der Züge gewaltig verzögert. Zur Aufrechterhaltung des Verkehrs auf den Linien Neapel-Rom, Neapel-Foggia und Neapel-Benevento wurde das Personal durch Maschinenpersonal der Kriegsschiffe ergänzt. Die Eisenbahnen werden durch Kavallerie abpatrouilliert. Die Stationen sind durch Infanterie und Besatzung besetzt.
 Sd. Rom, 27. Februar. Gerüchthweise verlautet, die Regierung beschlicke, die beiden das Zustandekommen betreffenden Artikel der Eisenbahnvorlage heute der Kammer als besonderen Gesetzentwurf zu unterbreiten und sofort darüber abstimmen zu lassen.

Ernst Iiland
 Tuchhandlung
 Magdeburg, Kronprinzenstrasse 3
 1 Minute vom Hauptbahnhof - Fernsprecher 4318
 Grosses Lager in Herrenstoffen aller Art sowie Futterartikel
 Spezialität: Cheviots und Kammgarnstoffe
 Frühjahrs-Neuheiten

Magdeburg Zirkusgebäude Königstrasse
 I. Ungarischer I.
Zirkus Henry
 110 Pferde, 200 Personen, 3 Elefanten, 12 Löwen
Heute
Gala-Premiere
 Dienstag, 28. Februar, 8 Uhr abends
 Programm im Detail enthaltend 17 der besten Nummern des reichlichen Zirkus-Repertoires, darunter nur einige Tage
Miss Claire Heliot
 mit ihren 12 dressierten Riesen-Löwen, welche am 23. d. M. auf speziellen Wunsch S. M. des Kaisers im Zirkus Busch - Berlin debütierte.
Direktor Henry
 mit seinen konkurrenzlosen neuartigen Pferde-Dressuren.
2 große Vorstellungen
 Morgens, Mittwoch den 1. März 1905
 Nachmittags 4 Uhr
 Abends 8 Uhr
 zu welcher Vorstellungen groß und klein halbe Preise zahlen.
1. High-Life Evening Rendezvous der Elite.
 Preise der Plätze inkl. der städtischen Wilteltsteuer: 1. Logenst. 3.10 Mk., Sperrst. 2.10 Mk., Tribüne 2.10 Mk., 1. Platz 1.55 Mk., 2. Platz 1.05 Mk., Galerie 55 Pf.
 Tickets im Vorverkauf in den Zigarrengeschäften der Herren C. Jacobs, Ulrichsberg, und Lindau u. Winterfeld, Breitenweg 19, neben Café Belter, und von 7 Uhr ab an der Zirkuskasse. An Tagen, an welchen 2 Vorstellungen stattfinden, ist die Zirkuskasse geöffnet von 11-1 Uhr und von 1/2 3 Uhr bis zum Schluss der Vorstellungen.
Avis: Sonn- und Feiertage und Mittwochs
 2 Vorstellungen, nach 4 Uhr u. abends 8 Uhr.
 Zu den Sonn- und Feiertagen 4 Uhr - Nachmittags - Vorstellungen zahlen Kinder, Schüler sowie Militär vom Feldwebel abwärts auf allen Plätzen halbe Preise; Mittwoch zu den Spezial-Familien-Matinee halbe Preise für groß u. Klein.

Martha, S. des Landw. Hermann Grundfeld, Agnes, T. des Landw. Friedr. Köppe. Wilhelm, S. des Knisch. Friedr. Otte. Wilhelm, S. des Schmieds Wihl. Kiewerth.
 Todesfälle: Christiane Krull, unverhehlt, 65 J. 8 M. 23 T. Wwe. Johanne Wildt geb. Schaber, 80 J. 5 M. 8 T. Hans, S. des Arb. Heinr. Meyer, 3 M. 24 T.
Cracau.
 Aufgebote: Schmiedeseg. Karl Füller in Magdeburg mit Luise Schmiedede hier.
 Geburten: Willi Ernst, S. des Arb. Wihl. Grünwald, Franz Otto Waldemar, S. des Werkführers Ad. Traenta. Elisabeth Ida Elisabeth, T. des Barbierherren Otto Zander.
 Todesfälle: Anfallsplögling Friedr. Erdm. Wunsch, 40 J. 3 M. 6 T. Anfallsplögling Dorothee Wischoff geb. Kleine, 45 J. 10 M. 24 T. Anfallsplögl. Lucie Dorothee Wilhelmine Schellhase, 88 J. 5 M. 15 T. Gertrud Hedwig Ragmarck, 20 T. Franz Fern. Quindt, 11 T. Auguste Krause geb. Blumenthal, 60 J. 9 M. 21 T.
Wetterhüfen.
 Geburten: Walter Gustav, S. des Arb. Wihl. Warte. Otto, S. des Arb. Ernst Balsanz.
 Todesfälle: Otto, S. des Arbeiters Ernst Balsanz, 2 T. Ella Frida Lucie, T. der verm. Wilhelmine Diebel geb. Freitag, 12 J. 6 M. Margarete Eva, T. des Hadermstrs. Herm. Harbordt, 4 M. 12 T.
Burg, 24. Februar.
 Geburten: T. des Schuhm. Otto Rehsberg. T. unehelich.
 Todesfall: Privatm. Stanislaus Fiedler, 80 J.
Bom 25. Februar.
 Heirath: Bergolder Otto Emil Karl Wihl mit Marie Frida Emma Wische.
 Geburten: S. des Freizeits Fritz Wajchan. T. des Tischlers Otto Sahn.
 Todesfälle: Witwe des Kaufmanns Wilhelm Bohne, Wilhelmine geb. Bergmann, 69 J. Witwe des Tuchmach. Karl Siebert, Friederike geb. Grenau, 77 J. Witwe des Arb. Heinrich Groß, Dorothee geb. Groß, 65 J. Otto, S. des Hüllsweihenstellers Friedrich Krelle, 1 T.
Hilferleben.
 Heirathen: Schloffer Otto Hoffmann mit Minna Franke. Dreher Heinrich Hage mit Anna Wenderlich. Kunstschlosser Walter Becker in Halle mit Lina Köhle hier.
 Geburten: S. des Bergarbeiters Robert Sternberg, T. des Badermeisters August Jagrig. T. des Arbeiters Otto Koch.
 Todesfälle: Zwiabide Karl Schreiber, 80 J. 9 M. 27 T. Otto, S. des Hymnaders Otto Müller, 6 J. 7 M. 13 T. Friedrich, S. des Arbeiters Franz Danemann, 4 M. 4 T. Berta, T. des Gärtners Robert Grabe, 1 J. 9 M. 28 T. Ewa, T. des Schlossers Louis Weiße, 1 J. 8 M. 16 T. Gepr. Maschinenbeizer Friedrich Jeeche, 22 J. 8 M. 11 T.

Otto Lehmann Sudenburg Rottersdorferstr. 10
 Spezialgeschäft für Wäsche
 Doppelt gereinigte Bettfedern und Daunen
 Fertige Betten
Bettfedern-Reinigungs-Anstalt

 Dr. Elsners Seifenpulver
 erwirbt sich die ungetheilte Anerkennung aller Hausfrauen
 In allen Geschäften zu verlangen!
 Hauptniederlage: **M. Lingner, Magdeburg-Wst.**

Herzfäßige von 2.00
 Holz- und Aorbueker
 Dr. I. M. Scharpie, weiß, kurz gelbn. Pfd. 50 Jan. Cypresse 1 M. Gansquetischen, Reseter für Kanarien Dpd. 40 J. Wabehäuschen, Fuhlinge.
 Neue Drogerie, Hohepfortstr. 46. Ecke der Moldaustr. 2494

Konsum-Verein Neustadt
 führt in allen Verkaufsstellen
Kluges Patent-Seifensaimiak
 Dieses, modernes, bequem, in vielen Krankenhäusern ausschließliches Waschmittel, reinigt die Wäsche durch Kochen. 2341

Nauchaale
 neu, groß, jung! Wie so billig wird. R. bestelle so! Weist, frisch, leadre Fische nur direkt u. d. Office.
 2 la. frische sehr schöne Speckfett.
 1. leadre 30 Pfd. 80 Speck 1 Std. ff. Lachs ca. 25-30 Rollen ca. 20-25 fr. Delikatess ob. 1 Dof. Bismarck 2 Pfd. la Sardellen 1 Koch. 1 Dof. ff. Ancho. 0 u. 1/4 Dof. N. Cabiar. Alles zus. 4 M. oder 20 Pfd. 60 Speck 2 Pfd. Sardellen 1 Dof. Delicat. 2 Pfd. Dof. ff. Ancho. 1 Std. ff. Lachs u. 1 feiter Del. Alles zus. 3 1/2 M.
 El Degenor Groß-Fisch-Erport. Schweinshunde 12a 8 Pfd. ff. Rauchlachs 9 1/2 M. 5 Pfd. 6 1/2 M.

Tinte (stiefwarz) empfiehlt die Buchh. Wolfermann.
 Singer-Nähmaschine, tadellost aut nähend, für 12 Mk. u. vert. Tischlerbrüder 10, S. I. p. 2261
 Erst neuer Pfl. Sportwagen bill. u. d. Neup. Moldaustr. 23, S. 2.

Dankagung.
 Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Verstorbenen sagen allen herzlichsten Dank.
 Burg, den 24. Februar 1905.
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
H. Horn.

Verband der Porzellanarbeiter.
 Sonnabend früh 4 Uhr ent-schied unter Kollege
Franz Schlüter.
 Wir verlieren in ihm einen braven, plichtgetreuen Kollegen. Die Beerdigung findet Dienstag nachmittags 4 Uhr von der Krankenanstalt, Morgenstraße, aus statt.
 Der Vorstand.

Standesamt.
 Magdeburg, 25. Februar.
 Aufgebote: Bachhalter Wilhelm Egger mit Margarete Mentler. Arbeiter Heinrich Schulz mit Maria Bod. Bäder August Otto Leichner in Luedingberg mit Wilhelmine Marie Krüger in Köpfeln. Sattler Wilhelm Rejzora mit Ida Wiggold.
 Heirathen: Arbeiter Hermann Friedrich mit Pauline Fräulein Bachhalter Ernst Alntan mit Maria Schen. Schlosser Albert Holzschmager mit Luise Jander. Handlungsgeselle Wihl Wähler mit Maria Käker. Gärtner Hermann Pajjehl mit Magdalene Schaber. Kaufmann Hugo Wochter mit Maria Fiedl.
 Geburten: Alfred, S. des Hermannsmeisters Ernst Fink. Erich, S. des Tischlers Paul Mehr. Alfred, S. des Papier-Handlers Schiffer Wihl. Stüger mit Karoline Karl Wessmann. Albert Hermann, S. des Arbeiters Hermann Jordan. August, T. des Schmieds Gustav Scherfhan. Emma, T. des Gärtners August Wajjoch. Ewa, T. des T. des Lithographen Ernst Roth.

Endenburg, 25. Februar.
 Aufgebote: Arb. Emil Karl Wihl Breitshneider mit Berta Emma Luise Schmidt.
 Geburten: Luise, T. des Arb. Karolus Koppe. Elisabeth, T. des Arb. Gust. Pih. Hildegard, T. des fädi. Feuerwehms. Karl Peters. Erich, S. des Arb. Rob. Sommer.
 Todesfälle: Wwe. Friederike Erdt geb. Wehr, 60 J. 5 M. 27 T. Bruno, S. des Reisenden Bruno Kirst, 1 J. 7 M. 17 T. Georg, S. des Buchh. Herm. Kettig, 4 J. 8 M. 18 T.
Buckau, 25. Februar.
 Aufgebote: Eugen Alexander Stoh mit Maria Rebe. Sattler Otto Schöne mit Emma Döge.
 Heirathen: Schmied Wihl. Julius mit Maria Clavin. Schriftföhrer Nikolaus Jurich mit Emma Elze. Eisenbahnwärter Wilmar Schmidt mit Amalie Weinde.
 Todesfälle: Werner, S. des Arb. Max Dürr, 9 M. 11 T.
Rehndorf, 25. Februar.
 Aufgebote: Praktik. Arzt Dr. med. Paul Wandsworth mit Margarete Arendt.
 Heirathen: Arbeiter Heinrich Schliephake mit Maria Schilde. Schiffer Wihl. Stüger mit Karoline Wöller. Müller Paul Simon mit Amanda Bachmnd.
 Geburten: Charlotte, T. des Bauers Wihl. Böttger. Johanne, T. des Tischlers Ernst Roth.

In's Auge
 jalous ist jedes Gesicht ohne Panturineinwirkung u. Panturineinwirkung wie Pfeilspitzen, Finnen, Flechten, Bläschen, Hautröthe u. Daher gebrauchen Sie nur Seifenpulver.
Leerschwefel-Seife
 v. Bergmann & Co., Radewitz-Dresden mit Schutzmarke: Ahrarspitz.
 à St. 50 Pf. in Magdeburg bei H. Jensch, Altmarkt 28.
 Richard Jurosch, Tischlerstraße 22.
 G. Jander, Jakobstraße 18.
 Frisch-Apothek, Breitenweg 121.
 Bitter-Apothek, Kaiserstr. 94 b.
 In Buckau: Witten-Apothek.
 Reichardt: Wilhelms-Groß.
 E. Eiche, Paul Albrecht.
 Wihlmanns-Groß: Max Kühn.
 Endenburg: S. Starckhoff.

Wäscht mit Schwan
 Billige Stiefel!
 Altes Bröcktor 2.

Verband der Porzellanarbeiter.
 Sonnabend früh 4 Uhr ent-schied unter Kollege
Franz Schlüter.
 Wir verlieren in ihm einen braven, plichtgetreuen Kollegen. Die Beerdigung findet Dienstag nachmittags 4 Uhr von der Krankenanstalt, Morgenstraße, aus statt.
 Der Vorstand.

Standesamt.
 Magdeburg, 25. Februar.
 Aufgebote: Bachhalter Wilhelm Egger mit Margarete Mentler. Arbeiter Heinrich Schulz mit Maria Bod. Bäder August Otto Leichner in Luedingberg mit Wilhelmine Marie Krüger in Köpfeln. Sattler Wilhelm Rejzora mit Ida Wiggold.
 Heirathen: Arbeiter Hermann Friedrich mit Pauline Fräulein Bachhalter Ernst Alntan mit Maria Schen. Schlosser Albert Holzschmager mit Luise Jander. Handlungsgeselle Wihl Wähler mit Maria Käker. Gärtner Hermann Pajjehl mit Magdalene Schaber. Kaufmann Hugo Wochter mit Maria Fiedl.
 Geburten: Alfred, S. des Hermannsmeisters Ernst Fink. Erich, S. des Tischlers Paul Mehr. Alfred, S. des Papier-Handlers Schiffer Wihl. Stüger mit Karoline Karl Wessmann. Albert Hermann, S. des Arbeiters Hermann Jordan. August, T. des Schmieds Gustav Scherfhan. Emma, T. des Gärtners August Wajjoch. Ewa, T. des T. des Lithographen Ernst Roth.

8 Gr. Marktstrasse 8
Meyer Michaelis' Lederhandlung
 Anerkannt beste und billigste Bezugsquelle für Leder und Schuhmacher-Bedarfsartikel.
 Eigene Schafstopperei.

Städtisches Orchester
Hofjäger.
 Mittwoch den 1. März abends 8 Uhr
Grosses Volkskonzert.
 Leitung: Städt. Kapellmeister Josef Krug-Waldsee.

Stad-Theater.
 Samstag den 26. Februar 1905
Don Juan.

Standesamt.
 Magdeburg, 25. Februar.
 Aufgebote: Bachhalter Wilhelm Egger mit Margarete Mentler. Arbeiter Heinrich Schulz mit Maria Bod. Bäder August Otto Leichner in Luedingberg mit Wilhelmine Marie Krüger in Köpfeln. Sattler Wilhelm Rejzora mit Ida Wiggold.
 Heirathen: Arbeiter Hermann Friedrich mit Pauline Fräulein Bachhalter Ernst Alntan mit Maria Schen. Schlosser Albert Holzschmager mit Luise Jander. Handlungsgeselle Wihl Wähler mit Maria Käker. Gärtner Hermann Pajjehl mit Magdalene Schaber. Kaufmann Hugo Wochter mit Maria Fiedl.
 Geburten: Alfred, S. des Hermannsmeisters Ernst Fink. Erich, S. des Tischlers Paul Mehr. Alfred, S. des Papier-Handlers Schiffer Wihl. Stüger mit Karoline Karl Wessmann. Albert Hermann, S. des Arbeiters Hermann Jordan. August, T. des Schmieds Gustav Scherfhan. Emma, T. des Gärtners August Wajjoch. Ewa, T. des T. des Lithographen Ernst Roth.

Endenburg, 25. Februar.
 Aufgebote: Arb. Emil Karl Wihl Breitshneider mit Berta Emma Luise Schmidt.
 Geburten: Luise, T. des Arb. Karolus Koppe. Elisabeth, T. des Arb. Gust. Pih. Hildegard, T. des fädi. Feuerwehms. Karl Peters. Erich, S. des Arb. Rob. Sommer.
 Todesfälle: Wwe. Friederike Erdt geb. Wehr, 60 J. 5 M. 27 T. Bruno, S. des Reisenden Bruno Kirst, 1 J. 7 M. 17 T. Georg, S. des Buchh. Herm. Kettig, 4 J. 8 M. 18 T.
Buckau, 25. Februar.
 Aufgebote: Eugen Alexander Stoh mit Maria Rebe. Sattler Otto Schöne mit Emma Döge.
 Heirathen: Schmied Wihl. Julius mit Maria Clavin. Schriftföhrer Nikolaus Jurich mit Emma Elze. Eisenbahnwärter Wilmar Schmidt mit Amalie Weinde.
 Todesfälle: Werner, S. des Arb. Max Dürr, 9 M. 11 T.
Rehndorf, 25. Februar.
 Aufgebote: Praktik. Arzt Dr. med. Paul Wandsworth mit Margarete Arendt.
 Heirathen: Arbeiter Heinrich Schliephake mit Maria Schilde. Schiffer Wihl. Stüger mit Karoline Wöller. Müller Paul Simon mit Amanda Bachmnd.
 Geburten: Charlotte, T. des Bauers Wihl. Böttger. Johanne, T. des Tischlers Ernst Roth.

Lagerhalterin.
 Wir suchen für unser neu zu errichtendes Verkaufslager in Felgeleben eine künftige Lagerhalterin.
Lagerhalterin „Sine“ für Schürbrück u. E.
 am Angerend (E. G.) zu Schürbrück u. E. Ebe.